ROTE ANNELIESE

Nr. 174 / Oktober 2002 Fr. 6.–

Cinas Flucht aus dem Steuerparadies

Der Sauber-mann

und sein «topseriöser» Professor

Seite 4

Strommarkt:

Staatsrat Burgener trimmt SPO

Seite 15

Briger Lokführer:

Ärger mit SBB

Seite 9

Bananenrepublik

Staatsrat Fournier schützt Paul-Bernhard Bayard

Seite 3

Staatsrat Schnyder schützt Präfekt Josef Bumann

Seite 7

Staatsrat Rey-Bellet schützt Beton Volken

Seite 14

Moderne Sklaverei: Ein Lehrling geht durch die Hölle Seite 10

Die C-Gemeinschaft ist «rechtlich in Ordnung»!

Auf Druck der RA musste CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina sein Verwaltungsratsmandat auf der Steuerfluchtinsel Cayman Island abgeben. Wieso eigentlich, wenn dieses «rechtlich in Ordnung» war, wie Cina gegenüber den Medien x-fach erklärt? Wieso wirft der Saubermann eine angeblich reine Weste über Bord?

Auch Cina weiss: Die Bevölkerung versteht keinen Spass, wenn es um Abzockerei, Börsenspekulantion und Steuerflucht geht. Die Zeit der skrupellosen Weiss-Buch-Prediger und Liberalisierer ist vorbei. Mehr Anstand, Solidarität und soziale Sicherheit sind gefragt. Wer dagegen verstösst, muss die Rache des Volkes fürchten. Steuerflucht wird als ethisch verwerflich taxiert, auch wenn es «rechtlich in Ordnung» ist. Das weiss Cina, das wusste Peter Hess.

Cina brüstet sich mit «topseriösen Leuten» wie Professor Dr. Manfred Timmermann. Dieser ist Verwaltungsrat der Zuger Beteiligungsgesellschaft A&A Active Investor, in der sich die Ebner-Jungs die Hände reichen und welche in Ebner-Manier Pensionskassengelder verspekuliert (Seite 4). Timmermann fühlt sich pudelwohl unter den Ebner-Jungs und auch die Ebnersche Geldmaschine ist für ihn «rechtlich in Ordnung», wie er gegenüber der RA freimütig erklärt. Jetzt wissen wir es also ganz genau: Die C-**Gemein**schaft, wie sie Cina und Timmermann verstehen, ist «rechtlich in Ordnung». Mehr nicht!

Kurt Marti

Inhalt

Schwarzgeld: Neue Fakten ▶ Seite 3

J.M. Cina: Der Saubermann ▶ Seite 4

Willi Schnyder: Nebelaktion ▶ Seite 7

Wallis: Migrationsland ▶ Seite 8

Lokführer: Ärger über SBB ▶ Seite 9

Sklaverei: Beinharte Lehre ▶ Seite 10

Strommarkt: Atom-Finnland ▶ Seite 12

Stromrabatte: Wieder abstellen? ▶ Seite 13

Rolf Escher: Falscher Prophet ▶ Seite 13

J. J. Rey-Bellet Volken im Glück ▶ Seite 14

Opposition: SPO im Schilf ▶ Seite 15

Cannabis: Arbeitsplätze weg ▶ Seite 15

Ivan Illitsch: Absurdistan ▶ Seite 16

Wohin man/frau geht ▶ Seite 18

Zi-Täter: Auch schlimm! ▶ Seite 19

Autobahn: Eigentlich egal wo ▶ Seite 20

Dicke Eier

Caesar Jäger auf Spar-Tournee

Sparen ist das grosse Motto von Landes-Major Caesar Jäger und seiner FDPO. Keine Zahl zu dürr, um nicht noch zur Fastenkur geschickt zu werden. Als Landeshauptmann geht Jäger andere Wege: Keine Hundsverlochete zu verlocht, um nicht vom höchsten Walliser beehrt zu werden. So tauchte Jäger zuletzt etwa an einem Pfadilager im Goms auf, und tratschte angeregt mit den 30 Pfadern. Bei rund 400 Franken Taggeldentschädigung ein echter Beitrag zu einem gesunden Walliser Staatshaushalt.

CVP à la Westerwelle?

Die CVP kopiert die Deutsche FDP. Bei der FDP heisst etwa das Fun-Wahlergebnis 18 Prozent (statt realistische 7 Prozent), bei der CVP heisst es seit neustem 20 Prozent (statt aktuellen 12,5 Prozent). Geht es im selben Stil weiter, können wir uns auf einen lustigen Wahlkampf der CVP gefasst machen: Zu kopieren wären dann noch die illustren FDP-Ideen Dolly Buster als Wahlkampfmaskottchen, Westerwelle als Kanzlerkandidat und das Guido-Mobil. Gut möglich, dass Cayman-Cina im Sommer 2003 als Bundesratskandidat mit dem Cina-Mobil durch die Walliser Prärie räubert und bald lächelt wohl «Porno-Heidi» Lethitia von den CVP-Plakatwänden.

Der Stimmenzähler der SVP

Um ein Haar wäre RA-Redaktor Kurt Marti eine grosse Ehre zu Teil geworden. An der SVP-Gründungsversammlung wurde er überraschend von SVP-Präsident Markus Schwery gefragt, ob er sich als Stimmenzähler betätigen wolle. Mit Bedauern musste er die Offerte ablehnen, denn für einen Pressevertreter macht sich das nicht gut.

Gommer Politiker wollen FO sperren

Hartnäckigen Gerüchten zur Folge wollen einige Gommer Politiker die FO für einen ganzen Tag unterbrechen. Der Tag ist streng geheim. Es dürfte ein Tag mit vollen Glacier-Express-Zügen sein. Der Grund für diese Protestaktion liegt auf der Hand: Kein einziger Gommer Politiker sitzt im Verwaltungsrat der BVZ/FO-Bahngruppe. Staatdessen hat einmal mehr Ständerat Rolf Escher einen Stuhl ergattert, den man ihm auf Lebzeiten zutraut.

Brunner gegen Bloetzer vor Bundesgericht

Seit zwei Jahren fliegen zwischen Thomas Brunner, dem gelben Präsidenten von Eischoll, und dem gelben alt Ständerat Peter Bloetzer die Fetzen. Die Kosten für das Regenklärbecken von Eischoll waren dem Bund viel zu hoch. Er verweigerte kurzum die Subventionen. Deshalb erhielt Bloetzers Ingenieurbüro BIAG den Auftrag, nach Einsparungen zu suchen. Bloetzers Sparwille war allerdings so intensiv, dass die Kosten der Suche schliesslich die Einsparungen selbst übertrafen, wie böse Zungen behaupten. Seither reden die Anwälte der beiden Streithähne. Mittlerweile spielen Brunner und Bloetzer bereits in der höchsten Schweizer Liga vor Bundesgericht und alles sieht danach aus, dass sie auch den Gang nach Strassburg nicht scheuen.

Paul-Bernhard Bayard ist wieder da

Seit der Gertschen-Pleite und der Schwarzgeld-Affäre wurde es stiller um den Briger Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard. Sowohl in den WB-Leserbriefspalten als auch in seiner Stammbeiz (Name ist der Redaktion bekannt) wurde der Haudegen aufs Schmerzlichste vermisst. Keine Seitenhiebe mehr gegen Kinderzulagen, Arbeitslosengelder, AHV, Sozial- und Energieabgaben. Doch jetzt ist die Schonzeit vorüber. Vor den Goldabstimmungen meldete sich Dagobert mit altbekannter Stimme: Finanzpolitischer Wildwuchs zu befürchten!

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: Fr. 70.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Cyrill Pinto (cp)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie Mitarbeiter
Hilar Eggel (he)
David Gundi

Agenda
Renata Werlen

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Neue Fakten in der Schwarzgeld-Affäre:

- Polizeibericht und Anschuldigungspunkte liegen vor
- Widerhandlung gegen die Sozial- und Steuergesetze

Staatsrat Fournier weiss von nichts!

Paul-Bernhard Bayard fiel «aus allen Wolken» und Staatsrat Jean-René Fournier weiss von nichts!

BRIG-GLIS/SITTEN **– In der Affäre «Conti Neri» hat das kantonale Untersuchungsrichteramt gegen mehrere Personen formell ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Die Anschuldigungspunkte lauten: Widerhandlung gegen die Steuer- und Sozialversicherungsgesetzgebung. Doch Justizminister Jean-René Fournier weiss von nichts. Wie lange schützt der Staatsrat den Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard noch?**

VON KURT MARTI

Auf Anfrage der *Roten Anneliese* erklärt Jean-Pierre Greter, der deutschsprachige Untersuchungsrichter im kantonalen Untersuchungsrichteramt, dass die polizeilichen Ermittlungen im Fall der Schwarzgeldkasse der Firma Möbel Gertschen abgeschlossen sind. Er sei seit Anfang Juli im Besitz des polizeilichen Untersuchungsberichtes. Dazu Greter: «*Gestützt darauf hat das kantonale Untersuchungsrichteramt gegen mehrere Personen formell ein Untersuchungsverfahren eröffnet mit der Bezeichnung der wesentlichen Anschuldigungspunkte, die namentlich Widerhandlungen gegen die Steuer- und Sozialversicherungsgesetzgebung umfassen.*» Gemäss Recherchen der RA gehört auch Paul-Bernhard Bayard dazu. Bayard hat im Februar auf Druck der RA fluchtartig das Verwaltungsratspräsidium der Möbel Gertschen verlassen.

Infochef des Kantons musste Staatsrat Fournier aus dem Busch klopfen

Die RA hat unverzüglich Justizminister Jean-René Fournier mit den Ermittlungsergebnissen konfrontiert, welche nun seit drei Monaten vorliegen. Auf die Frage, ob Bayard unter diesen neuen Umständen als Betreibungsbeamter noch tragbar sei und wann der Staatsrat ihn suspendiere, blieb Fournier eine ganze Woche stumm. Dann musste ihn der kantonale Informationschefs ziemlich unsaft aus dem Busch klopfen und schliesslich kam folgende Antwort: «*Weil die Strafuntersuchung geheim ist, haben wir keinen Zugang zu den Akten in dieser Angelegenheit, die durch Ihre Redaktion erwähnt wurde. Zudem hat es der Strafrichter bis heute nicht als zweckdienlich errachtet, den Staatsrat oder das Departement über eine Verwicklung des Vorstehers des Betreibungs- und Konkursamtes von Brig in dieser Sache zu informieren.*»

Eine oberfaule Ausrede! Denn was der Untersuchungsrichter der RA erzählt, das wird er wohl noch dem Justizdirektor sagen dürfen. Und wenn der Untersuchungsrichter ihn nicht informiert haben sollte, dann hat wenigstens die RA dafür gesorgt, dass der harzige Informationsfluss im Departement Fournier etwas in Schwung kommt. Der Staatsrat wählt die Betreibungsbeamten und hat folglich die Pflicht, sich auf dem Laufenden zu halten, wenn eine Strafuntersuchung im Gange ist. Ein Telefonat ans kantonale Untersuchungsrichteramt hätte genügt.

Statt anständigen Antworten kamen Phrasen von vorgestern

Noch in der Frühjahrssession des Grossen Rates hatte sich Staatsrat jean-René Fournier vor den Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard gestellt, weil dieser schriftlich seine Unschuld beteuert hatte. Weil er keine anderen Informationen habe, sehe er keinen Grund, an den Aussagen Bayards zu zweifeln, erklärte der Justizminister damals. Diese Phrasen zitiert jetzt Staatsrat Fournier auch in seiner Antwort an die RA. Doch nun gibt es neue Informationen! Und zwar aus dem kantonalen Untersuchungsrichteramt. Drei Monate liegen diese Ermittlungsergebnisse bereits vor. Eine Woche hatte Fournier nach der RA-Anfrage Zeit, um sich bei der Justiz nach dem Stand der Ermittlungen zu erkundigen. Und dann kommt eine Stellungnahme, die eigentlich keine ist. Deshalb fragt die RA resolut:

- Wie lange will er Paul-Bernhard Bayard, den Betreibungsbeamten von Brig, noch schützen?
- Ist Staatsrat Jean-René Fournier überhaupt seiner Aufgabe als Justizminister noch gewachsen?

Betreibung durch Brainforce: Bayard musste zurückkrebsen!

Die Firma Gertschen AG wurde von der Züricher Beratungsfirma Brainforce über das Betreibungsamt von Brig, dessen Vorsteher Paul-Bernhard Bayard heisst, betrieben. Derselbe Bayard weigerte sich in seiner Funktion als Verwaltungsratspräsident der Firma Gertschen 40 000 Franken Honorare an die Beratungsfirma Brainforce zu zahlen. Das Briger Bezirksgericht entschied: Am Honorar gibt es nichts zu rütteln. Dagegen reichte das Gespann Bayard und Willy Borter (ebenfalls Verwaltungsrat der Gertschen) eine Beschwerde ein, mit massiven Vorwürfen an den ehemaligen Gertschen-Geschäftsführer Urs Aeschbach. Nun ist das Gespann Bayard-Borter kläglich zurückgekrebst. Brainforce-Chef Hans Häusermann: «*Eines schönen Tages telefonierte mir Bayard und wollte die Sache in Ordnung bringen.*» Kurz darauf sei die Rechung bezahlt worden.

Eine Gemeinschaft von Steuerflüchtigen und Spekulanten?

Der «topseriöse» Professor Dr. Manfred Timmermann fühlt sich wohl bei den Ebner-Jungs!

SITTEN – **Dummheit und Lüge! Das waren die Argumente des CVP-Nationalrates Jean-Michel Cina auf die Kritik der *Roten Anneliese* und der JUSO. Mitte September kam der Rückzieher: Cina trennt sich von seinen «topseriösen Firmen» und seinen «topseriösen Leuten». Der Grund ist klar: Die Briefkasten-Firma auf Cayman dient der Steuerflucht und der «topseriöse» Professor Dr. Manfred Timmermann geschäftet mit den Ebner-Jüngern.**

- Cina flüch tet aus dem Steuerparadies
- Cina-Ex-Fir ma kassierte 6 Millionen im Jahr
- Cina-Ex-Fir ma «optimiert» weiter auf Cayman

«Topseriös» und «rechtlich in Ordnung»: *Professor Dr. Manfred Timmermann, Cina-Geschäftspartner bis Mitte Sept. 2002*

VON KURT MARTI

«Ihnen gebe ich keine Auskunft», reagierte Jean-Michel Cina Mitte September hypernervös gegenüber den Fragen der *Roten Anneliese.* Ein paar Tage später kommt der Rückzieher in der NZZ: Vor seiner Wahl zum CVP-Fraktionspräsident trennt sich Cina von seinen Verwaltungsratsmandaten, unter anderem auf der Steuerflucht-Insel Cayman. Plötzlich waren seine *«topseriösen Firmen»* und seine *«topseriösen Leute»* nicht mehr top, plötzlich waren sie ein Risiko für den Prediger der C-Gemeinschaft. Mit Grund! Zu Cinas «topseriösen» Leuten gehört auch Professor Dr. Manfred Timmermann. Er sitzt im Verwaltungsrat der International Biomedicine Group, welche mit der Cina-Firma Global Biomedical Partners (GBP) auf der Steuerflucht-Insel Cayman geschäftet. Wie RA-Recherchen ergeben, ist Timmermann auch Verwaltungsrat der A&A Active Investor (Grafik, S. 6), welche zur A&A-Gruppe des verstorbenen Ebner-Jüngers Ernst Müller-Möhl gehörte. (Müller-Möhl flog mit seinem Privatflugzeug in die Felsen des Gotthardmassivs).

Pensionskassen und Anleger verloren 10 Millionen Franken

Präsident der Active Investor ist Balz Merkli, ein ehemaliger Kadermann aus Martin Ebners BZ-Gruppe. Die Active Investor funktioniert nach dem Prinzip der Ebnerschen Geldmaschine: Die Zinsversprechungen liegen bei 15 Prozent. Mit dem Geld von Pensionskassen und privaten AnlegerInnen sollen massgebliche Anteile von Unternehmen aufgekauft und diese zu Umstrukturierungen, Fusionen und Entlassungen gezwungen werden. Anschliessend werden die Beteiligungen mit hohem Gewinn verkauft. Die Gewinner in diesem Monopoly sind die Manager der Active Investor, welche in den fetten Jahren Managementgebühren in Millionenhöhe kassierten. Seit zwei Jahren sank der Aktienkurs der Active Investor von rund 93 Franken auf 67 Franken. Die AnlegerInnen verloren bis jetzt 10 Millionen Franken. Ein wesentlicher Teil der Investitionen floss in die Arbonia Forster-Holding AG, in der wiederum Timmermann im Verwaltungsrat sitzt. Es ist nicht erstaunlich, dass auch Ebner-Bewunderer Müller-Möhl rund 15 Prozent der Arbonia-Forster-Aktien einheimste.

Ebners Geldmaschinen sind «rechtlich in Ordnung»

Wie Cina gibt sich auch Professor Timmermann als Saubermann. In der Zeitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes vom vergangenen April geisselt er *«die exzessiven Managerbezüge»*. Sein neoliberales Credo schimmert trotzdem durch: Er befürchtet einen *«Bedeutungsverlust bei der Marktwirtschaft»* und *«eine höhere Anerkennung bei staatlichen Aktivitäten in der Wirtschaft.»* Mit dem Prinzip der Ebnerschen Geldmaschine hingegen hat er gar keine Mühe: *«Das Nutzen von Kursentwicklungen an der Börse ist rechtlich in Ordnung.»* Allerdings müsse man dann eben auch die Risiken tragen.

Timmermann-Geschäftspartner und Ebner-Jünger Balz Merkli ist ein Bruchpilot, wie seine Gurus Martin Ebner und Ernst Müller-Möhl auch: Ende August wurde gegen die SMS (Schrödel-Merkli-Sigg) Group der Konkurs eröffnet. Merkli hatte die SMS Group zusammen mit den beiden Ebner-Jungs Markus Schrödel und Ralph Sigg gegründet und fungierte als Geschäftsführer dieser Zuger Finanzgesellschaft. Anfang Januar 2002 hatte die SMS Securities (eine Tochtergesellschaft der SMS Group) die A&A Gruppe von den Erben des verstorbenen Ernst Müller-Möhl übernommen. Im Dickicht der A&A Gruppe befand sich auch die A&A Actienbank, welche Mitte August von der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) wegen *«grober Verletzung der gesetzlichen Pflichten»* geschlossen wurde. Geschäftsführer der Actienbank war wiederum Merkli. Anfang September kam es noch dicker: Die EBK ordnete die Liquidation der SMS Securities an.

Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann:

«Firmen sollen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre wirtschaftliche Tätigkeit ausüben.»

Interview mit Ulrich Thielemann, Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen

Rote Anneliese: Wie beurteilen Sie die folgende Aussage von Jean-Michel Cina aus der Sicht der Wirtschaftsethik: «Was wir da machen (*Anm. der Red: Steueroptimierung über das Offshore-Zentrum Cayman Island*) ist voll legal, und was rechtlich in Ordnung ist, ist für mich auch ethisch okay.»

Ulrich Thielemann: Die Gleichsetzung des rechtlich Zulässigen (des Legalen) mit dem ethisch Richtigen (dem Legitimen) nennt man Legalismus. Für den konsequenten Legalisten müsste das geltende Legalrecht, also Gesetze und Verordnungen, eigentlich tabu sein. Es dürfte aus seiner Sicht nie zu Gesetzesänderungen kommen. Im Parlament hätte er also nichts verloren. Denn jede Gesetzesänderung, jedes neue Gesetz besagt ja, dass das geltenden Recht unzureichend oder gar verkürzt ist und das heisst letztlich ethisch unzureichend oder verkürzt. «Steueroptimierung», so scheint mir, ist im Grunde eine Beschönigung für die Ausnutzung von Graubereichen im Steuerrecht oder gar für Steuerhinterziehung selbst.

«Ein Legalist hat im Parlament nichts verloren.»

Und wie beurteilen Sie die folgende Aussage Cinas: «Wenn man seinen Wohnsitz in einer Gemeinde wählt, die steuergünstig ist, dann ist das eine Steueroptimierung. Für Firmen (*Anm. d. Red: Tochterfirmen auf den Cayman*) gilt dasselbe.» Stimmt dieser Vergleich?

Nein, ganz und gar nicht. Das Besteuerungsrecht ebenso wie die Steuerpflicht sind an das Wohnsitz- beziehungsweise Betriebsstättenprinzip gebunden. Personen sollen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben. Und Firmen sollen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Schliesslich nehmen sie auch dort die öffentlich finanzierten Leistungen in Anspruch. Demgegenüber ist der interkantonale Steuerwettbewerb ein Steuerleistungswettbewerb. Die BürgerInnen und Firmen zahlen dort ihre Steuern, wo sie auch Steuerleistungen in Anspruch nehmen, und die Kantone besteuern diejenigen Personen und Firmen, für die sie auch Leistungen erbringen. Die Verlegung eines pro-forma Firmensitzes in Staaten, die sich vor allem dadurch auszeichnen, dass sie Firmen und Personen die Verheimlichung von Kapitalien und Einkommen zwecks Steuerhinterziehung erlauben, widerspricht klar dem Grundsatz des Steuerleistungswettbewerbs. Die Staaten erhalten so, wie es die OECD formuliert, «Money for nothing». Und die Steuerpflichtigen entledigen sich auf illegitime Weise ihrer Steuerpflicht.

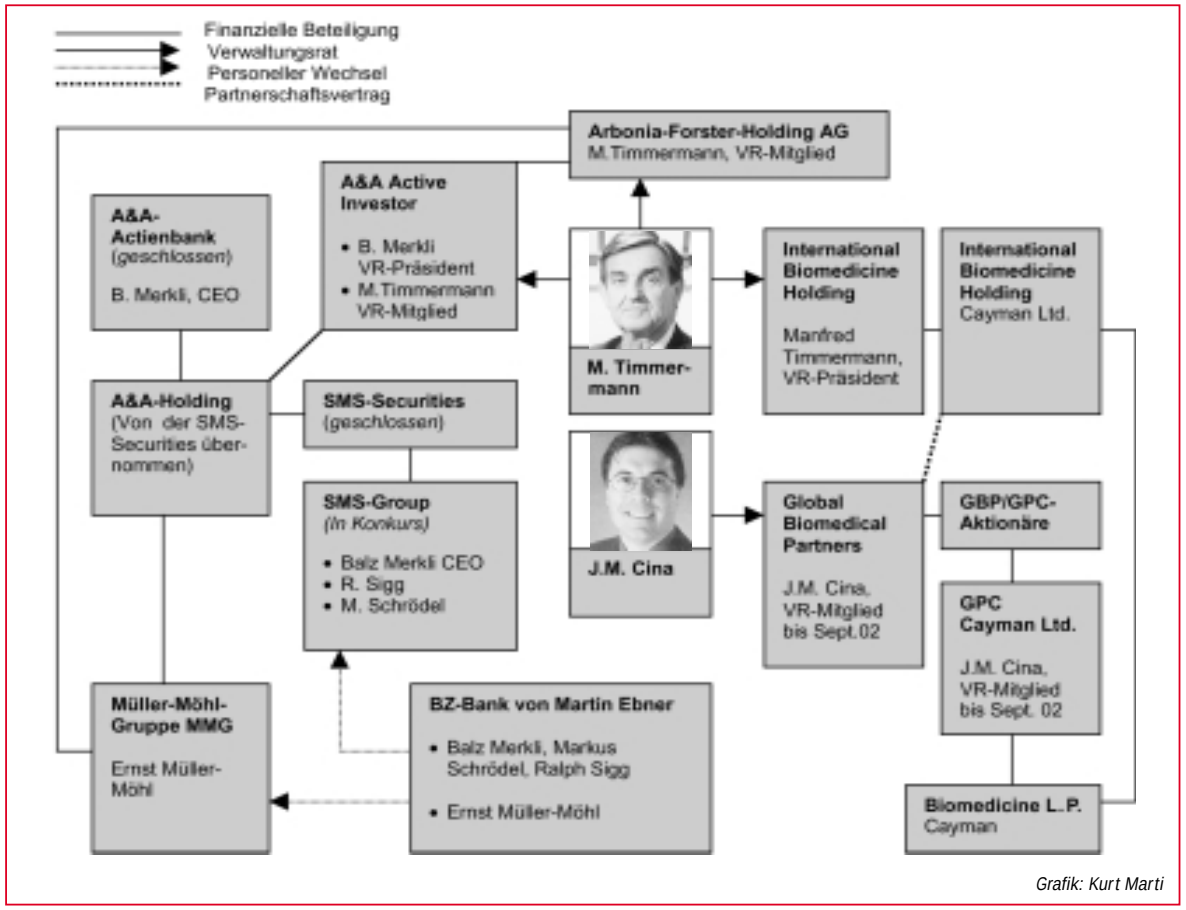
«Briefkastenfirmen widersprechen klar dem Grundsatz des Steuerleistungswettbewerbs.»

Welche Forderungen stellen Sie an ein gerechtes Steuersystem?

Wenn es Steuerwettbewerb geben soll, dann muss es sich um einen Steuerleistungswettbewerb handeln. Scheinwohn- und Scheinfirmensitze sind dabei natürlich nicht erlaubt. Die Schweiz verweigert mit einem perfiden und weltweit einmaligen Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug den zuständigen Fiskalbehörden die Auskunft über den Verbleib der steuerpflichtigen Beträge. Der Sinn dieses Systems ist selbstverständlich die Anziehung von Steuerfluchtkapital. Mit der Verweigerung der Steueramtshilfe in Fällen «einfacher Steuerhinterziehung» beteiligt sich die Schweiz, ebenso wie andere Steueroasen, am Nichtleistungssteuerwettbewerb. In der Schweiz liegen 30 bis 40 Prozent der weltweiten Offshore-Gelder, also des weitgehend hinterzogenen Kapitals. Das sind 3000 bis 4000 Milliarden Franken - ein Betrag, der etwa 25 Prozent eines Weltbruttosozialbetrages entspricht. Und die Schweiz könnte, nur um die Grössenordnungen zu sehen, von dem Betrag ungefähr 8 Jahre lang leben.

«In der Schweiz liegen 3000 bis 4000 Milliarden Franken Offshore-Gelder.»

Interview: Kurt Marti



Grafik: Kurt Marti

Timmermann setzte bei Saurer 80 Millionen in den Sand

Timmermann zu seinem A&A-Verwaltungsratsmandat: «*Ich fühle mich beim Active Investor bis auf die Kursentwicklung unseres Portfolios wohl.*» Etwas weniger wohl dürfte sich Timmermann bei der Saurer AG fühlen. Im Frühjahr trat er als VR-Präsident zurück und sogleich schnellte der Saurer-Aktienkurs um 30 Prozent in die Höhe. In der Ära Timmermann hatte Saurer gegenüber dem Konkurrenten Rieter weiter an Boden verloren. Auf seiner Einkaufstour in Ebner-Blocher-Manier hatte sich Timmermann massiv verspekuliert. Mit dem Kauf der Firma Barmag setzte Timmermann 80 Millionen Franken in den Sand.

Anfang dieses Jahres hat sich die International Biomedicine Group umorganisiert (Grafik, S. 6). Sämtliche Finanzbeteiligungen werden jetzt über die Cayman-Tochtergesellschaft Biomedicine Cayman abgewickelt. Das Management der Beteiligung wird von den ehemaligen Cina-Firmen GBP und GPC Cayman besorgt. Wie der C-Gemeinschaftsprediger Cina gegenüber der «Wochenzeitung» behauptete, profitieren von der «Steueroptimierung» die ArbeitnehmerInnen, mit deren Pensionskassengelder die Biomedicine spekuliert.

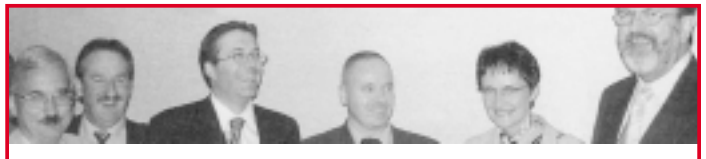
Eine dreifache Farce:

- Erstens **entgehen durch diese Steuerflucht der Bundeskasse Steuereinnahmen, welche beim Sozialstaat, aber auch bei den Randregionen fehlen.**
- Zweitens **handelt es sich um hochriskante Spekulationspapiere im sogenannten Privat Equity-Geschäft, dessen Aktienkurse sich gegenwärtig im freien Sturzflug befinden.**
- Drittens **kommt die «Steueroptimierung» direkt der Cina-Firma GBP zugute: Wie RA-Recherchen ergeben, kassierte die GBP letztes Jahr Management-Gebühren von 6 Millionen Franken. Mit dem gegenwärtigen Kurssturz werden die Pensionskassen, also die ArbeitnehmerInnen, für die fetten Jahre der GBP-Manager bluten müssen.**

CVP: Eine Partei von Heuchlern

Wie Cina bekräftigt Timmermann: «*Die Aktivitäten der Tochtergesellschaft von BM auf Cayman Island sind steuerrechtlich völlig korrekt.*» Völlig anderer Meinung ist Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann von der Uni St.Gallen. Rechtlich möge ein Firmensitz auf den Cayman wohl in Ordnung sein, aber «*es besteht kaum ein Zweifel, dass damit ethische Grundsätze der Besteuerung verletzt werden.*»

Mitte August verbreitete die CVP Schweiz eine Pressemitteilung, in der sie die Ebnersche «Gewinnmaschine» mit harten Worten («Exzesse») geisselt. Ende September wurde Jean-Michel Cina einstimmig zum Fraktionspräsidenten gewählt. Sein Motto ist die C-Gemeinschaft Schweiz. Eine Gemeinschaft von Steuerflüchtigen und Spekulanten?



Cina nach der Flucht aus dem Steuerparadies Cayman Island:
Begrüssungsapéro in Salgesch

Strafuntersuchung gegen Präfekt Josef Bumann

«Die Machenschaften waren dem Staatsrat ausreichend bekannt!»

Präfekt Bumann und Staatsrat Schnyder:
Gemeinsamer Auftritt für das famose Monte-Moro-Projekt

VISP **– Im April musste Staatsrat Wilhelm Schnyder zähneknirschend seinen treuen Wahlhelfer, Visper Präfekt und Regionspräsidenten Josef Bumann beim Untersuchungsrichter des Bezirkes Visp anzeigen. Jetzt versucht sich Schnyder mit einer Vernebelungsaktion aus der politischen Verantwortung zu ziehen.**

VON KURT MARTI

«*Äusserst rasch*» habe er gehandelt und er habe «*keinerlei Druck*» benötigt, um eine Strafanzeige gegen das Geometer-Büro Buman-Bonvin des Visper Präfekten und Regionspräsidenten Josef Bumann einzuleiten, behauptet Staatsrat Wilhelm Schnyder. Zudem habe selbst der CSPO-Grossratssuppleant Stefan Andenmatten, welcher die Affäre ins Rollen gebracht hatte, in einem Schreiben festgehalten, die Dienststelle für Vermessung habe sehr rasch gehandelt. Das ist eine Verfälschung der Tatsachen. Andenmatten hält zwar in seinem Schreiben an das Bundesamt für Landestopografie fest, Herbert Imoberdorf, der Chef der Dienststelle für Vermessung, habe «*unbürokratisch und korrekt gehandelt.*» Doch dann fährt er dem Staatsrat an den Karren. Andenmatten befürchtet, «*dass dieser Fall politisch hinterzogen wird, dass sich die Staatsräte hinter der Unschuldsvermutung verstecken und Herrn alt-Grossrat Bonvin und dessen Mitarbeiter, Präfekt Bumann schützen wollen.*»

«Untersuchungsrichter hätte umgehend eingeschaltet werden müssen»

Laut Andenmatten sind Staatsrat Schnyder die «*Machenschaften des Büros Bumann-Bonvin im Oberwallis ausreichend bekannt.*» Andenmatten verweist auf die Fälle Bratsch und Steinhaus (siehe rechts): «*Bei korrektem Vorgehen hätte umgehend der Untersuchungsrichter eingeschaltet werden müssen.*» Dies wäre schon im letzten Jahr der Fall gewesen. Stattdessen hat Staatsrat Schnyder dem Parteikollegen Andenmatten konsequent das Gespräch verweigert und seinen Lieblings-Präfekten Bumann munter weiter protegiert: Im Oktober 2001 trat der Walliser Finanzminister zusammen mit Bumann vor die Presse und präsentierte die famose Monte-Moro-Studie, welche im Saastal den Bau von Skiliften und Seilbahnen für 180 Millionen propagiert.

Präfekt Bumann soll seine Ämter sofort ablegen

Anlässlich der CSPO-Fraktionssitzung vom Mai 2002 nahm Andenmatten in seiner Kritik an Staatsrat Schnyder kein Blatt vor den Mund: «*Sind Sie nicht der Meinung, dass der Stellvertreter der Regierung im Weissen Zehnden mit diesen Machenschaften sowohl dem Ansehen des Staatsrates schadet, als auch der CSP des Bezirkes Visp. Wäre es nicht an der Zeit, dass Präfekt Bumann ohne wenn und aber sofort von all seinen politischen Ämtern zurücktritt?*»

Fall 1: Bratsch:

Dank RA 32 800 Franken gespart!

Das ging aber hurtig! Kaum war die Juli-Ausgabe der RA erschienen, handelte der Kanton im Fall Bratsch. Für die Aufnahme des Waldkatasters in Bratsch hatte das Büro Bumann-Bonvin der Gemeinde 32 800 Franken in Rechnung gestellt. Die Gemeinde hatte die Rechnung bezahlt, ohne zu wissen, dass die Leistung für diese Rechnung bereits über den Kanton abgedeckt war. Das Büro Bumann-Bonvin weigerte sich bis zum Erscheinen der RA im vergangenen Juli hartnäckig, den doppelt verrechneten Betrag an die Gemeinde Bratsch zurückzuerstatten. Keine Woche danach erhielt die Gemeinde Bratsch eine Gutschrift von 32 800 Franken. Nun griff der Kanton zu einem Trick: Er kürzte dem Büro Bumann-Bonvin das Honorar um 32 800 Franken und schrieb diesen Betrag der Gemeinde Bratsch gut. Im Endeffekt bezahlte Bratsch statt 38 000 nur noch rund 6 000 Franken an den Kanton, und sparte damit 32 800 Franken.

Fall 2: Steinhaus:

Präfekt Bumanns «doppelte» Buchhaltung

Der Grundstückbesitzer X. aus Steinhaus staunte nicht schlecht, als er vom Büro Bumann-Bonvin eine gesalzene Rechnung für die Verpflockung seiner Grundstücke erhielt. Die Rechnung machte den Anschein einer offiziellen Rechnung der Gemeinde, der Einzahlungsschein aber lautete auf das Konto des Büros Bumann-Bonvin bei der Kantonalbank. Empört informierte er die Gemeinde Steinhaus, worauf diese sofort alle GrundstückbesitzerInnen aufforderte, die Rechnungen auf keinen Fall zu zahlen. Mit Recht. Denn Geometer dürfen die Kosten für die Verpflockung nicht direkt bei den GrundstückbesitzerInnen in Rechnung stellen. Dies kommt einer «*doppelten Verrechnung*» gleich, weil die Kosten für die Verpflockung bereits mit dem Honorar der Gemeinde abgegolten sind. Auch der Fall der Vermessung von Steinhaus ist Teil der Strafuntersuchung gegen das Büro Bumann-Bonvin.

Der historischen Realität zum Trotz

Sesshaftigkeit gilt als Norm

WALLIS **– Migration war das Thema anläss-lich des Podiumsgesprächs im Schloss Leuk. Unter den Referaten hat die Rote Anneliese eines aufgegriffen. Der Ethnologe Thomas Antonietti, arbeitet als Konservator im Walliser Museum für Geschichte. Sein Vortrag «Eine Gesellschaft von Sesshaften» nimmt Migration und ihre Wahrnehmung im Wallis unter die Lupe.**

VON CYRILL PINTO

Migration in der Geschichte des Wallis

Wie ein roter Faden ziehen sich Wanderbewegungen durch Geschichte und Gegenwart des Wallis. Trotzdem erlebt sich diese Gesellschaft vorwiegend als eine sesshafte. Der historischen Realität zum Trotz gilt Sesshaftigkeit als Norm, Migration als Ausnahme. Hinter dieser Einstellung verstecken sich gesellschaftliche Konstrukte, ideologische Absichten, wirtschaftliche Interessen.

Mit dieser Einleitung beginnt das Referat Antoniettis. Im ersten Teil beschreibt Antonietti die Geschichte des Wallis von ihrem Beginn: Als die Menschen sich noch mit Jagen und Sammeln ernährten. Für die ersten Menschen im Wallis war es überlebenswichtig ihre Standorte regelmässig zu wechseln. Aber auch später nach der neolithischen Revolution, als die Menschen sesshaft wurden, war das Leben der Menschen im Wallis immerwährenden Wanderungen unterworfen. Handwerker aus umliegenden Regionen wie dem Tirol oder der Lombardei siedelten sich im Wallis an. Umgekehrt emigrierten viele WalliserInnen zur Zeit der Walserwanderungen und später während der zunehmenden Industrieallisierung in umliegende Gebiete oder nach Übersee. Antonietti sieht die Walliser Gesellschaft einem immerwährenden Wandel unterworfen, die Migration und zwar aus dem Rhonetal und umgekehrt, zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Wallis.

Sesshaftigkeit als Norm

Doch obwohl Migration in der Walliser Geschichte allgegenwärtig war und ist, gilt für die Bevölkerung die Sesshaftigkeit als Norm. Die Herrschende Klasse im Wallis – vor allem Klerus und Politik sorgten dafür, dass dies so blieb. Ein Motiv dafür ist, dass sich Sesshafte besser kontrollieren lassen. Einerseits wurde mit Gesetzen versucht, Einfluss auf das Phänomen Migration zu nehmen. (Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass die Walliserinnen und Walliser sich erst ab 1830 frei in jeder Gemeinde des Kantons niederlassen durften.) Andererseits schufen die katholisch konservativen Kräfte im Kanton eine Mentalität, alles beim alten zu belassen. Das dörfliche und die Tradition wurden hochgehalten und wurden zum Modell für eine «richtige» Gesellschaft. Das Städtische und Fremde wurde abgelehnt.

Nation und Kultur

Bis heute hält sich dieser Mythos von Sesshaftigkeit, obwohl Migration immer schon ein wirtschaftliches Muss war. Mobilität wird nur denen zugesprochen, welche sesshaft sind. Dieses Paradox lässt sich nur mit Konzepten wie Nation oder Kultur erklären – Mobilität ist nur für Menschen, die einer bestimmten Nation oder Kultur angehören, möglich. Menschen aus anderen Ländern wird dieses Recht abgesprochen. Soziale und politische Probleme werden so in ethische oder kulturelle Probleme umgedeutet. Der Mythos kollektiver Sesshaftigkeit wird so zur ideologischen Keule in der Abwehr nach aussen, im Kampf gegen die sogenannte Überfremdung.

Asylheim in Visp: *Wie ein roter Faden ziehen sich Wanderbewegungen durch Geschichte und Gegenwart des Wallis.*

Samson Chukwu: Flucht endete tödlich

Am ersten Mai letzten Jahres starb der Nigerianer Samson Chukwu beim Versuch der Walliser Kantonspolizei, ihn auszuschaffen. Der daraufhin erstellte Autopsiebericht bestätigte die Vermutung: Chukwu wurde von zwei Beamten der Abteilung Intervention in seiner Zelle überwältigt, mit Handschellen wurden seine Hände auf dem Rücken zusammengebunden. Anschliessend wurde er auf den Bauch gelegt, was dazu führte, dass der unter Stress stehende Ausschaffungshäftling erstickt ist. Nach Bekanntwerden der Todesursache wurde von der Walliser Justiz ein Verfahren eingeleitet, welches aber nach kurzer Zeit wieder eingestellt wurde. Begründung: Die Kantonspolizisten hätten nach Reglement gehandelt und nichts falsch gemacht. Die Familie Samson Chukwus legte gegen diesen Entscheid Rekurs ein. Dieser wurde nun vom Bundesgericht abgewiesen. Inzwischen steht die Familie Chukwus erstinstanzlich in einem Zivilprozess. Samson Chukwus wurde Opfer einer menschenverachtenden Asylpolitik von Bund und Kantonen. Der Fall zeigt mit welcher Härte der Staat seine Entscheide durchsetzt und sogar über Leichen geht.

Cyrill Pinto

Personalumfrage der SBB zeigt:

- Briger Lokführer massiv unzufrieden
- SBB ergreifen lächerliche Massnahmen

SBB Lokführer: So geht es nicht weiter!

BRIG **– Der Trend zu Privatisierungen und Liberalisierungen hat auch vor den SBB nicht halt gemacht – mit negativen Folgen für das Personal. Die Geschäftsleitung unter Benedikt Weibel setzt bei den Bundesbahnen einen Sparkurs durch, der seine Opfer fordert. Eine Umfrage zur Personalzufriedenheit zeigt: Die Briger Bähnler sind mit ihrer Situation am Arbeitsplatz massiv unzufrieden.**

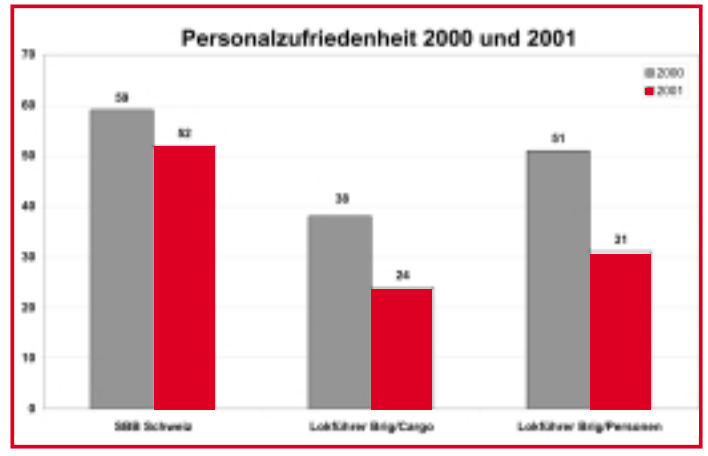
VON CYRILL PINTO

Jedes Jahr führt die SBB bei ihren Mitarbeitern eine Umfrage zur Personalzufriedenheit am Arbeitsplatz durch. Die rund 28 000 Schweizer Bähnler werden darin nach der Zufriedenheit mit ihrem Arbeitsplatz befragt. Gesamtschweizerisch lag die Personalzufriedenheit bei allen Mitarbeitern der SBB bei 52 Punkten von insgesamt 100. Sie nahm damit im Vergleich zum Jahr 2000 um sieben Punkte ab. Die Personalzufriedenheit lag damit knapp über der Marke Unzufrieden. Anders sieht es bei den Lokführern in Brig aus, welche in den Abteilungen Cargo oder Personenverkehr arbeiten. Die durchschnittliche Personalzufriedenheit lag hier bei Werten zwischen 31 und 24 Punkten (siehe Grafik). Dies sind Zahlen welche weit unter dem SBB-Durchschnitt liegen. Die Briger Lokführer sind mit ihrer Arbeit massiv unzufrieden.

Umstrukturierung mit unklaren Zielen

Vor zwei Jahren hat die SBB im Zuge der Umstrukturierungen ihre Aufgabenbereiche in die drei Divisionen Personenverkehr, Cargo und Infrastruktur unterteilt. Die Zugführer mussten sich entscheiden, ob sie künftig nur noch auf Personenzügen oder Güterzügen arbeiten wollten. «*Viele Kollegen entschieden sich für den Cargobereich, weil ihnen mehr Freizeit und eine sichere Arbeitsstelle im prosperierenden Cargogeschäft versprochen wurde,*» sagt ein Lokführer zur RA. «*Inzwischen aber ist die von den SBB erhoffte Entwicklung nicht eingetroffen, so müssen Leute, welche im Cargobereich eingeteilt sind wieder wechseln.*»

Allgemein wird von den Mitarbeitern die schlechte Kommunikation der Führung gegenüber den Arbeitern bemängelt. Niemand weiss, wohin die SBB steuert und wie sich die Situation im Cargobereich entwickeln wird. Dazu kommt, dass die Bestrebungen der Lokführer zur Verbesserung ihrer Situation vom mittleren Kader abgeblockt werden. «*Wer in der SBB einmal zum mittleren Kader gehört, hackt auf den Untergebenen herum und beschönigt die Situation gegenüber den Vorgesetzten. Dies ist einer der Gründe, weshalb die Direktion über unsere Situation bloss durch die Zahlen der Personalzufriedenheitsumfrage Bescheid weiss.*» Die unsichere Arbeitssituation führt einerseits zu schlechten Ergebnissen bei Umfragen, andererseits schlägt dies auch auf die Gesundheit der Mitarbeiter. «*Viele meiner Kollegen werden mit ihrer Situation am Arbeitsplatz nicht fertig. Sie leiden unter gesundheitlichen Problemen, unter anderem leiden sie unter Depressionen.*»



SBB Mediensprecher: Wir arbeiten daran!

Laut dem Mediensprecher der SBB Roland Binz hat die SBB die Probleme beim Personal erkannt und arbeitet an deren Lösung. Während der Expo hätten die Lokführer wegen des Mangels an Personal ihre Überstunden nicht abbauen können. Dieses Problem würde sich nach der Expo von alleine lösen. Zudem würden in den nächsten Wochen 300 neu ausgebildete Lokführer eingeteilt. Dies trage zusätzlich zur Entschärfung des Konflikts bei. Ausserdem habe die SBB seit dem Frühjahr mehrere Projekte gestartet um das Arbeitsklima zu verbessern: «*Wir haben zu Beginn des Jahres damit begonnen, die Aufenthaltsräume des Personals zu renovieren. Wände werden frisch gestrichen und Schränke ausgewechselt.*» Für die Lokführer hat sich die SBB ein besonderes Extra ausgedacht: «*Ab sofort werden in den alten Loks die alten Sitze durch neue ersetzt.*»

- Ein Lehrling geht durch die Hölle
- Lehrlingsamt lässt ihn schmoren
- Lehrlingskommission ist nicht zuständig

«Das ist moderne Sklaverei!»

SITTEN – **«Moderne Sklaverei!» Mit diesen harten Worten kritisierte die Mutter eines Lehrlings den Lehrmeister, das kantonale Lehrlingsamt und die Lehrlingskommission der Gemeinde Brig-Glis. Die *Rote Anneliese* hat die Betroffenen mit der Kritik konfrontiert: Sitten spielt den Ball zurück an die Mutter und den Lehrling, der Lehrmeister lacht und die Lehrlingsbeauftragte der Gemeinde sagt: «Die Lehrlingskommission kann man abschaffen!»**

VON KURT MARTI

«Während der vierjährigen Lehrzeit meines Sohnes kam es auch zu tätlichen Übergriffen. Ein Mitarbeiter drückte den Kopf meines Sohnes auf den Betonboden und anschliessend gab er meinem Sohn einen Tritt in den Hintern, dass er drei Tage nicht mehr richtig sitzen konnte», schildert die Mutter Alice Z.* empört die Erfahrungen ihres Sohnes während seiner Lehrzeit. Im Frühjahr hat Sohn Klaus Z.* die Lehre abgeschlossen und kann und will nicht über seine negativen Erfahrungen sprechen. Die Mutter hingegen ist bereit über die vierjährige Leidenszeit der Familie zu sprechen: *«Das ist doch moderne Sklaverei!»* Mit einem Lehrlingslohn von 250 Franken habe Klaus regelmässig Überstunden geklopft. Der 10 Stunden-Tag sei die Regel gewesen. Nach der offiziellen Arbeitszeit sei es immer noch 40 bis 60 Minuten weitergegangen. Wenn etwas kaputt ging, habe der Lehrling entweder bis in alle Nacht hinein reparieren müssen oder der Schaden sei ihm in Rechnung gestellt worden. *«Bei diesem mickrigen Lehrlingslohn haben wir als Eltern dann den Schaden bezahlt.»* Für nicht mutwillig verursachte Schäden muss der Lehrling nicht selber aufkommen, sondern die Versicherung des Lehrbetriebes.

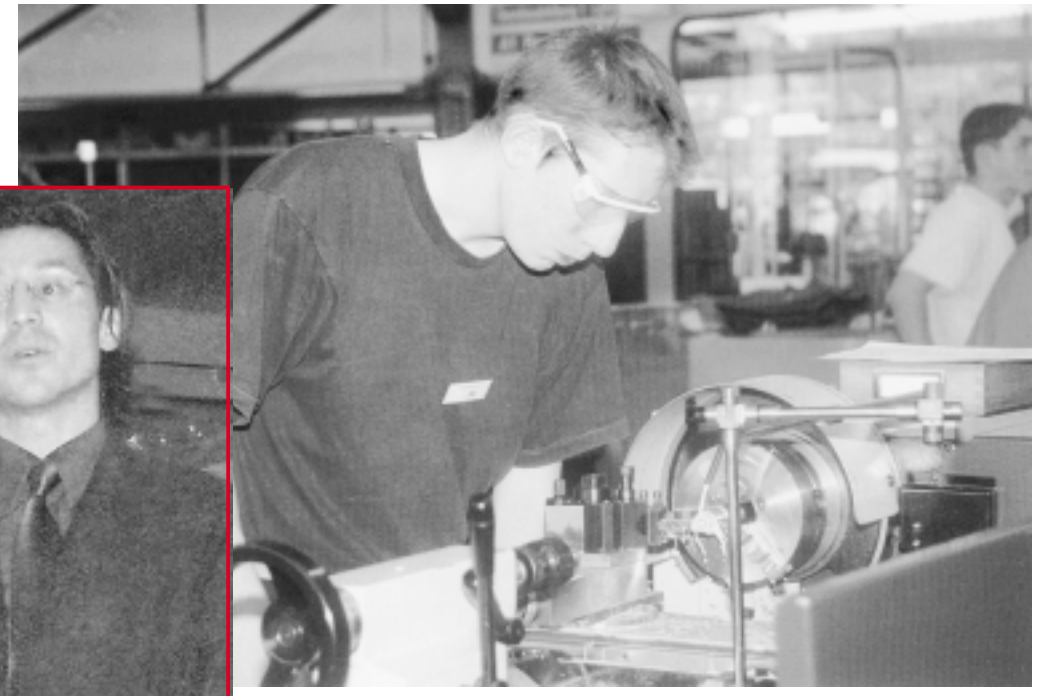
* Namen von der Redaktion geändert

Drei Mal telefoniert und keine Unterstützung vom Lehrlingsamt

Einem Lehrlingskollegen von Klaus sei dasselbe passiert. Der Lehrmeister habe einfach einen Monatslohn nach Kündigung des Lehrvertrages mehrere Monate nicht ausbezahlt.

Selbst an Berufsschultagen habe Klaus am Morgen und Abend noch Einsätze machen müssen. Wie die Mutter erzählt, war das Klima im Lehrbetrieb hundsmiserabel. Der Lehrmeister habe keine Zeit gehabt. Er habe nie ein Lob ausgesprochen, sondern immer nur herumkritisiert: Klaus ist ein fauler Hund! Im Betrieb habe eine männlich-aggressive Stimmung geherrscht, wie dies in vielen Betrieben der Fall sei. Im ersten Lehrjahr hat Mutter Alice Z. drei Mal ans kantonale Lehrlingsamt telefoniert und Klaus Z. hat persönlich beim Lehrlingsamt seine Probleme mit dem Lehrbetrieb deponiert. *«Vom Lehrlingsamt haben wir keine Unterstützung bekommen. Und auch die Lehrlingsbeauftragte der Gemeinde sagte: Da kann ich nichts machen.»* Die Eltern von Klaus Z. haben darauf das Gespräch mit dem Lehrmeister gesucht. Dieser habe aber nie Zeit gehabt. Erst zu Beginn des 3. Lehrjahres sei ein Gespräch zustande gekommen. Doch mit dem Lehrmeister sei keine Zusammenarbeit möglich gewesen. Vielmehr habe dieser erklärt, die Gesetze würden ihn nicht interessieren. So habe sich Klaus mit der Unterstützung der Familie durch die restliche Lehrzeit gebissen und geschwiegen. Sein Ziel war: Den Lehrabschluss machen und nichts wie raus hier!

Serge Imboden, Chef der Dienststelle für Berufsbildung: *«Die Qualität der Walliser Berufsausbildung ist sehr gut, das hat ein Umfrage-Test gezeigt.»*



Serge Imboden: Die Mängel wurden zu spät gemeldet

Max Schmid vom kantonalen Lehrlingsamt erinnert sich an die Telefongespräche mit Frau Alice Z. Er habe ihr empfohlen, zuerst das Gespräch mit dem Lehrmeister zu suchen. Falls dann das Problem immer noch bestehe, sollten die Eltern und der Lehrling eine schriftliche Eingabe beim Lehrlingsamt machen. Dies sei der normale Ablauf. Die Lehrlinge müssten eben selbst aktiv werden. *«Darauf haben wir nichts mehr gehört. Auch dem Inspektor, welcher den Betrieb besuchte, hat der Lehrling keine Probleme angegeben.»* Serge Imboden, der neue Chef der Dienststelle für Berufsbildung, hält fest: *«Ich bedauere, dass Frau Z. erst am Schluss der Lehre Mängel aufzeigte und ihr Sohn weder mit dem Kommissär noch mit den Mediatoren oder den Lehrern gesprochen hat, bzw. seine Begehren schriftlich angemeldet hat.»* Laut Imboden werden im Wallis mehr als 7 000 Lehrlinge ausgebildet und bloss drei Fälle würden vor die kantonale Berufsbildungskommission getragen. Die Qualität der Walliser Berufsausbildung sei sehr gut, das habe ein Umfrage-Test gezeigt: 75 % der getesteten Unternehmen hätten mit *«gut bis sehr gut abgeschlossen»* und bei 25 % seien *«geringfügige Mängel aufgezeigt»* worden.

Alice Z. widerspricht der Behauptung von Imboden vehement, sie hätte erst am Schluss der Lehre Mängel aufgezeigt und verweist auf ihre diversen Telefonate mit den verantwortlichen Amtsstellen. Darunter fällt auch ein Telefon bei der Lehrlingskommission der Gemeinde Brig-Glis. Die Stadträtin Claudia Chastonay, welche die Gemeinde in der Kommission vertritt, habe ihr kurz und bündig erklärt, da könne sie nichts machen. Auf Anfrage der *Roten Anneliese* erinnert sich Chastonay an das Telefon und bestätigt, dass sie Alice Z. ans kantonale Lehrlingsamt verwiesen habe. Übrigens habe sie fast keine Anfragen von Lehrlingen und sie fordert: *«Die Lehrlingskommission der Gemeinde kann man abschaffen.»* Deren Aufgaben würden schon vom Kanton, den Kommissären, Inspektoren, Mediatoren und Lehrern abgedeckt.

Lehrlingsamt war über den Lehrmeister bestens im Bild

Erstaunlicherweise war und ist das kantonale Lehrlingsamt bestens im Bild über die gravierenden Probleme mit dem betreffenden Lehrmeister. Wie Max Schmid und Serge Imboden erklären, habe man ihm die Erlaubnis zur Lehrlingsausbildung entzogen. Der Lehrmeister weise charakterliche Mängel auf und im Betrieb habe niemand eine Lehrmeisterausbildung. Man habe den Lehrmeister drei Mal zum Gespräch eingeladen und dieser habe sich immer im letzten Moment entschuldigen lassen. Auch einer Einladung vor die kantonale Berufsbildungskommission habe er keine Folge geleistet.

Das kantonale Lehrlingsamt und die Dienststelle für Berufsbildung war also längst mit den Schwierigkeiten des betreffenden Lehrmeisters bekannt. Statt den Fall von Klaus Z. aktiv zur Hand zu nehmen und zu lösen, haben sie den Dienst nach Vorschrift gewählt und den Lehrling Klaus Z. durch die Hölle gehen lassen. Es ist richtig, dass die Lehrlinge zuerst aktiv werden müssen. Aber was man von den Lehrlingen, welche oft in einer Angstsituation stehen, verlangt, sollte man auch von den kantonalen Beamten erwarten dürfen. Fraglich ist auch, wie ein solcher Lehrmeister überhaupt die Bewilligung zur Ausbildung erhalten hat.

Und was sagt der Lehrmeister zu den Vorwürfen? Lachend erklärt er: *«Wir haben den Fägär gestossen und abgeschleppt. Wir haben ihn fertigerzogen. Am Schluss hat er gar nicht so schlecht abgeschlossen.»* Und über das kantonale Lehrlingsamt: *«Das Problem ist das Lehrlingsamt. Die sitzen in Sitten und gehen den Fällen nicht nach. Da war nie einer auf Platz.»*

Kochlehrling will Überstunden kompensieren

Fristlos entlassen!

Nicht kompensierte, unbezahlte Überstunden und nicht gewährte Ferien, das sind die häufigsten Probleme der Lehrlinge. Wer sich wehrt, bekommt Probleme. Exemplarisch das folgende Beispiel eines Oberwalliser Kochlehrlings.

Der Kochlehrling B. schrieb nach zweieinhalb Lehrjahren seinem Lehrmeister einen Brief, worin er gravierende Probleme zur Sprache bringt: Die Überstunden wurden nicht wie vorgeschrieben als freie Tage kompensiert, sondern laufend aufgestockt. Der vorgeschriebene Lohnzusatz von 25 Prozent wurde verweigert. Zudem wurden dem Kochlehrling 25 Ferientage vorenthalten.

Die Kritik kam beim Lehrmeister schlecht an. Zehn Tage später ist der Kochlehrling seine Stelle los. Der Lehrmeister entlässt ihn fristlos, was widerrechtlich ist. Dann schaltet sich die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) ein. Nach zähem Verhandeln erhält der Lehrling seine Überstunden und seine nichtbezogenen Ferientage finanziell abgegolten.

GBI-Sekretärin Judith Venetz hält fest: *«Das ist kein Einzelfall, sondern wir sind regelmässig mit dem Problem Überstunden konfrontiert. Das kantonale Lehrlingsamt muss konsequenter handeln. Betriebskontrollen bringen nur dann Erfolg, wenn diese unangemeldet und spontan stattfinden. Nur so können Vergehen festgestellt werden. Im Voraus angemeldete Betriebskontrollen machen wenig Sinn und verkommen gar zu einer Alibiübung.»*

GBI-Brochüre: Lehrling Du hast auch Rechte!

Die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) hat eine Brochüre herausgegeben, welche die Bestimmungen des Schweizer Arbeitsgesetzes einfach erklärt und den Lehrlingen bei Problemen konkret sagt, wie man sich wehren kann und an welche Stellen man seine Beschwerden richtet. Für jeden Lehrling ist die Brochüre ein Muss, denn die vom Kanton abgegebene Brochüre ist eine blosse Auflistung der Gesetzesartikel und hilft bei Problemen nicht weiter. Hier ein paar Infos aus der Brochüre:

- Die regelmässige wöchentliche Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 45 bzw. 50 Stunden.
- Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt 9 Stunden.
- Der Pausenanspruch beträgt vormittags und nachmittags je 15 Minuten. Die Pausenzeit zählt als Arbeitszeit.
- Überstunden sind die Ausnahme. Sie dürfen nur im Rahmen des Zumutbaren zur Bewältigung aussserordentlicher Arbeiten, aufgrund von saisonbedingter Arbeitsüberlastung oder aufgrund von unvorhergesehenen Ereignissen angeordnet werden.
- Überzeit ist nur zwischen fünf Uhr im Sommer (sechs Uhr im Winter) und 20 Uhr zulässig.
- Überzeit muss spätestens eine Woche nachher kompensiert werden.

Das AKW Olkiluoto in Finnland

Finnland: Sieben Jahre nach der Strommarktöffnung

Strahlende Zukunft im finnischen Strommarkt

HELSINKI – **Sieben Jahre nach Öffnung des finnischen Strommarktes sieht vieles anders aus als geplant. Stromhandel und der gestiegene Stromverbrauch der Finnen tun das übrige: Atomkraft wird wieder salonfähig, bereits wird an einem neuen Reaktor gebaut. Derweil dümpeln die erneuerbaren Energien vor sich hin. Wird die Atomkraft zur ernsthaften Gefahr für die Wasserkraft?**

VON PATRICK ZEHNER, HELSINKI

Verkehrte Welt in Finnland. Während in ganz Europa zum Rückzug aus der Atomkraft geblasen wird, bauen die Finnen in den nächsten Jahren mit Volldampf ihr Kontingent an Reaktoren aus. Grund für diese energiepolitische Richtungsänderung: Der rasant gestiegene Stromverbrauch der Finnen im Nachgang der Strommarktöffnung von 1995 und der internationale Stromhandel.

Mit Atom gegen Klimawandel

Die Kühlturm-Lobby ist seit der Strommarktöffnung deutlich stärker und lauter geworden. 1994 stellte die finnische Regierung noch die Forderung nach einem Moratorium für den Neubau von AKWs auf. Daran wurde schon 1997 gerüttelt. Der konservative Abgeordnete Martti Tiuri verlangte damals den Neubau von zwei AKW. Seine Begründung: Das sichert die Stromversorgung. Überschüsse sollen exportiert werden, u.a. nach Schweden, das aus der Atomkraft aussteigen will. Seit Anfang dieses Jahres unterstützt nun auch die finnische Regenbogenkoalition dieses Ansinnen. Die Atomkraft soll dabei *«helfen, die Strompreise im Lichte des gestiegenen Stromverbrauchs, sowie der limitierten Wachstumschancen der Wasserkraft zu stabilisieren. Ausserdem erlaubt es Finnland, Kohle-Kraftwerke zu ersetzen und Treibhausemissionen zu vermindern.»* Bushismus hoch drei: Atomkraft als erneuerbare Energie, die Treibhausgase reduziert und den Klimawandel stoppt.

Stellung der Wasserkraft gefährdet?

Der jüngste Entscheid der finnischen Regierung und des Parlaments präzisiert diese neue Strategie erstmals. Regierung und Parlament erlaubten dem Nuklear-Unternehmen TVO im Juni 2002, den Bau eines zusätzlichen Reaktors in Angriff zu nehmen. Das Signal nach aussen ist klar: Finnland setzt auf die Atomkraft! Derweil geraten die erneuerbaren Energiequellen in Bedrängnis, auch die im 1000-Seenland Finnland traditionell starke Wasserkraft. Nach der Strommarktöffnung stieg zwar der Energiekonsum des weissen Goldes um 13 Prozent, derjenige aus Atomstrom allerdings um mehr als 19 Prozent. Der Marktanteil der Wasserkraft stagniert bei 3,9 Prozent, während der Atomstrom nun bereits aus 18 Prozent aller Finnischen Steckdosen fliesst. 1995 waren es noch 16,5 Prozent.

Windkraft bleibt Nischenprodukt

Ähnlich wie in der Schweiz behaupteten Stromwirtschaft und Finnische Politik darauf, die Strommarktöffnung bringe Wind in die Segel der erneuerbaren Energien. Tatsächlich hat sich etwa die Produktion von Windkraft seit 1995 um den Faktor sieben erhöht. Die Finnen konsumierten im Jahr 2000 rund 276 TeraJoule (TJ) der sauberen Energie. 1995 waren es noch 39 TJ gewesen. Dennoch bleibt die Windkraft ein Nischenprodukt: 2000 mit einem Marktanteil von 0,02 Prozent!

Das Finnische EMG

Finnland gehörte zu den ersten Ländern in Europa, welches die natürlichen Monopole der Stromversorgung aufbrach und schrittweise der Konkurrenz öffnete. Namentlich sieht das EMG Finnlands vom 1. Juni 1995 wie folgt aus:

- Freier Netzzugang für Konsumenten von über 500 kW bis 1997, dann Zugang für alle
- Separate Abrechnung für Elektrizitätsgewinnung, -transport und -verteilung sowie den Abnehmermarkt
- Abschaffung der Bewilligungspflicht für den AKW-Bau und den grenzüberschreitenden Stromhandel
- Bildung einer staatlichen Elektrizitätsmarkt-Aufsicht (EMA) Diese soll u.a. die Durchleitungstarife und Preise sowie das Unbundling überwachen.
- Dieses Gesetz konnte dem freien Wettbewerb alsbald nicht mehr die Stirn bieten und wurde bereits 1998 substanziell verändert. Unter anderem wurde die Stellung der EMA als Kontrollinstanz deutlich gestärkt.

Nach dem EMG-Nein:

2 Millionen Stromrabatte WEG?

WALLIS – **Vor der Abstimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) gewährte die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) den Elektrizitätswerken und einzelnen Grosskonsumenten rund 2 Millionen Franken Stromrabatte, unter der Bedingung, dass das EMG angenommen wird. Nach dem EMG-Nein stehen diese Rabatte zur Diskussion.**

«Gelebt wie Gott in Frankreich» und trotzdem Strom-Rabatte von der bedrängten Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) verlangt, welche ihrerseits vom Kanton mit 150 Millionen aufgepäppelt werden musste.

VON KURT MARTI

In den letzten Jahren stand der WEG das Wasser bis zum Hals. Der Kanton musste 150 Millionen einschiessen, damit der WEG-Strompreis auf dem Markt einigermassen mithalten konnte. Dann kamen die Walliser Stromverteiler und setzten der WEG das Messer an den Hals: Entweder gewährte die WEG Rabatte in Millionenhöhe oder es drohte die Abwanderung zu anderen Stromanbietern.

Auch das Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN) beteiligte sich am Preisdumping, obwohl dessen Präsident Rolf Escher in der «Arena» ins ganze Schweizer Land hinausposaunte, das EWBN habe in den letzten Jahrzehnten gelebt *«wie Gott in Frankreich»* und sei *«damit velig feists cho»*. Trotzdem beteiligte sich auch Escher an der Aushungerungsaktion der WEG und verlangte Preisrabatte, welche ja schlussendlich mit dem 150 Millionen-Kredit des Kantons bezahlt werden, also von den SteuerzahlerInnen.

Unter der Bedingung, dass das EMG angenommen wird

Es wurden Bezugsverträge zwischen der WEG und den Stromverteilern unterschrieben, welche letztere verpflichten die Stromrabatte an die mittleren und grössere Kunden weiterzugeben. Wie EWBN-Direktor Paul Fux erklärt, sind diese Rabatte unter der Bedingung gewährt worden, *«dass das EMG angenommen wird.»* Deshalb stellt sich die Frage, ob die WEG diese Rabatte weiterhin gibt. Laut Fux ist es noch verfrüht, darüber etwas zu sagen. Schon jetzt aber kann er sagen: *«Wenn die WEG die Rabatte zurücknimmt, dann werden auch wir sie den Gewerbebetrieben streichen.»* Beispielsweise ein mittleres Hotel erhielt einen Rabatt von jährlich 3 000 Franken, das Spital Brig 40 000 Franken.

Auf Anfrage der RA erklärte WEG-Vizedirektor Christian Brunner, dass diese Rabatte im nachhinein betrachtet nicht notwendig gewesen wären. Ob nun die Rabatte wieder zurückgenommen werden, wollte sich Brunner nicht auf die Äste hinauslassen: *«Darüber wird der Verwaltungsrat entscheiden.»*

Rolf Eschers wunderbare Metamorphose

In zwei Jahren vom falschen Trompeter zum falschen Propheten

Rolf Escher vor zwei Jahren: Der falsche Trompeter

«Die Wasserzinsen der Gemeinden geraten unter Druck und die kantonale Wasserkraftsteuer unter Beschuss. Der ‚tarif valaisan' ist einer unserer wenigen Standortvorteile. Haushalte und Gewerbe zahlen im Wallis pro Kilowattstunde rund fünf Rappen weniger als im schweizerischen Durchschnitt. Mit der Liberalisierung wird dieser Standortvorteil weggefegt. Wer behauptet, die Liberalisierung würde im Wallis die Tarife für Haushalt, Gewerbe und Industrie senken, streut den Leuten Sand in die Augen. Ich warne dringend, solchen Schalmeien Glauben zu schenken. Politische Parteien, die solches versprechen oder pflichtwidrig schweigen, sind falsche Propheten.»

Rolf Escher vor zwei Wochen: Der falsche Prophet

«Selten habe ich bei einer Gesetzesvorlage so viele falsche Behauptungen gehört wie von den Gegnern des EMG: ‚Die EW würden privatisiert, die Stromtarife würden steigen, die Wasserzinsen würden reduziert, die KMU würden die Zeche bezahlen, die Versorgung würde gefährdet.' Aber all diese ideologisch falschen Trompetenstösse blasen das heutige Problem nicht weg, nämlich die zu hohen Strompreise für die KMU und den fehlenden Zugang unserer Wasserkraft zum freien Strommarkt.»

Beton Volken AG im Glück

■ Ein ganzes Ferienlager illegal verlocht
■ Jetzt schützt Staatsrat Rey-Bellet die Täter

Keine Strafanzeige, keine Busse!

SITTEN – **Im Wallis ist es möglich, ein ganzes Ferienhaus illegal zu verlochen, Bauabfälle in ein geschütztes Gebiet zu kippen und die Umwelt-Beamten nach Strich und Faden zu verarschen, ohne dass man dafür angezeigt oder gebüsst wird. Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet hat gegenüber der *Roten Anneliese* bestätigt, dass das Baudepartement im Fall der Firmen Walpen AG und Beton Volken AG (siehe letzte RA) keine Strafanzeige eingereicht und keine Busse ausgesprochen hat.**

VON KURT MARTI

«Nach reiflicher Abwägung verschiedener Strafverfahren oder Bussen hat die Dienststelle für Umweltschutz entschieden, vorläufig von einer Strafanzeige abzusehen», nimmt Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet auf eine Anfrage der *Roten Anneliese* Stellung. Er begründet diesen Entscheid damit, dass man der Firma Walpen AG und der Firma Beton Volken AG strenge Auflagen mit finanziellen Konsequenzen gemacht habe. Laut Rey-Bellet wurden *«die illegalen Ablagerungen im Werkdepot der Firma Walpen AG unverzüglich gestoppt»* und die Bauunternehmung habe die Bauabfälle auf dem Depot in Lax korrekt entsorgen müssen. Zudem müsse die Bauunternehmung den Entsorgungsweg der Bauabfälle nachweisen und das Werkareal in Reckingen werde ins Kataster der belasteten Standorte aufgenommen. Diese Auflagen seien unter Vorbehalt einer Strafuntersuchung *«vollständig zu erfüllen»*. Laut RA-Recherchen stiess der fragwürdige Entscheid auch bei Beamten im Baudepertement auf Unverständnis.

Verstoss war schon Wiederholungsfall

Staatsrat Rey-Bellet droht den Firmen Beton Volken und Walpen, dass *«im Wiederholungsfalle unverzüglich eine Strafanzeige erstattet»* werde. Dabei vergisst Rey-Bellet, dass der vorliegende Verstoss gegen das Umweltschutzgesetz bereits ein Wiederholungsfall ist: Im Frühjahr 2001 hatte die Firma Beton Volken grosse Mengen Schwemmmaterial den geschützten Rottenhang hinuntergekippt. Der Kanton und die Gemeinde Lax verlangten nach Intervention der *Roten Anneliese* die Entfernung des Materials und die Wiederaufforstung der Uferzone. Beton Volken ist dieser Auflage nicht gefolgt und hat weiteren Baumüll den Hang hinuntergekippt.

Die rechtliche Lage ist klar: Gemäss kantonalem Umweltgesetz (Art. 40) ist *«jeder mit der Anwendung von Umweltschutzbestimmungen betraute öffentliche Beamte verpflichtet, den Strafverfolgungsbehörden Verstösse im Sinne der Artikel 60 und 61 des Umweltschutzgesetzes, 24 und 24a des Natur- und Heimatschutzgesetzes anzuzeigen.»* Dieselbe Verpflichtung ist in Artikel 43 der Walliser Strafprozessordnung festgeschrieben. Besonders harte Strafen sieht das eidgenössische Natur- und Heimatschutzgesetz vor: Wer Ufervegetation überschüttet oder auf andere Weise zum Absterben bringt, wird mit *«Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft.»* Beton Volken hat widerrechtlich Ufervegetation auf der Deponie in Lax überschüttet, hat den Aufforderungen der Kantonsbeamten keine Folge geleistet und hat erneut Bauschutt den Uferhang hinuntergekippt.

Komplette Aushöhlung des Rechtsstaates

Die Fakten sind der Dienststelle für Umweltschutz und dem Departement Rey-Bellet durch mehrere Ortsschauen ausreichend bekannt. Die Rechtsgrundlage zur abschreckenden Bestrafung der Täter sind ebenfalls vorhanden. Wieso lässt man die Bauunternehmungen, welche gegen die Umweltgesetze verstossen, ohne Strafen laufen? Wer mit den Beamten in der Kantonsverwaltung spricht, hört auf diese Frage immer wieder dieselbe Antwort: *«Wenn wir die Vergehen beim Untersuchungsrichter anzeigen, dann landen sie meistens in der Schublade oder werden jahrelang hinausgezögert. Falls Bussen ausgesprochen werden, belaufen sich diese auf symbolische Beträge von ein paar hundert Franken. Deshalb ersparen wir uns die zusätzliche Arbeit und verzichten auf Bussen und Strafanzeigen.»*

Auf diese Weise werden nicht nur jene Bauunternehmungen benachteiligt, welche sich korrekt verhalten, sondern vielmehr der Rechtsstaat und die Rechtsmoral systematisch ausgehöhlt und in den Sumpf geritten. Wenn Bauunternehmungen ganze Häuser illegal verlochen können, ohne angezeigt und gebüsst zu werden, was sollen wir dann den Schulkindern sagen, wenn sie bloss ihre Pet-Flaschen in die Saltina werfen?

Keine Busse und keine Strafanzeige: *Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet kippt den Rechtsstaat auf die Abfallhalde.*

EMG-Entscheid:

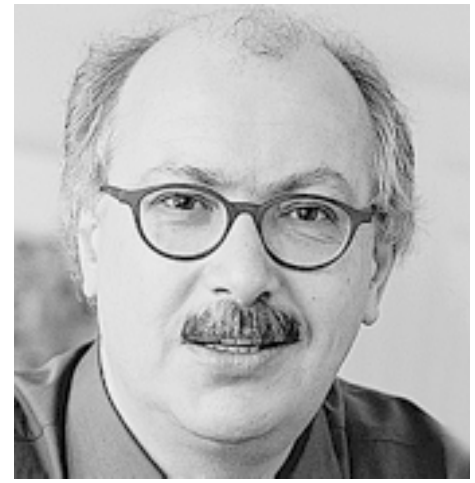
SPO auf Staatsratskurs getrimmt

VON KURT MARTI

Eigentlich könnte die Sozialdemokratische Partei Oberwallis (SPO) stolz sein. Sie hat einen Staatsrat, einen Nationalrat, einige Gemeindepräsidenten und viele Gemeinderäte. Doch die SPO verspielt ihre Rolle als Oppositionspartei. Dort wo sich Opposition regt, wird sie zurückgebunden; weil es sich bequemer regiert, weil es den Geldfluss aus Sitten und Bern in die SP-regierten Kommunen erleichtert, weil es die RatskollegInnen nicht verärgert, auf die man angewiesen ist, wenn man ein Sachgeschäft schlank durchbringen will.

Die SPO hat zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) überraschend die Ja-Parole beschlossen. Auch das lässt sich mit guten Gründen vertreten. Doch wenn es bei der Parolenfassung darum geht, die Parteimeinung mit der Parole des Gesamtstaatsrates, der Stromproduzenten und der Stromverteiler gleichzuschalten, damit sich nachher das Regieren besser anlässt, dann müsste jedem Sozi, der noch einen Funken Opposition im Herzen trägt, die rote Lampe aufleuchten. In einer Oppositionspartei ist es verboten, dass der SP-Staatsrat Thomas Burgener zur Parolenfassung der Partei «seine Leute» zusammentrommelt, um die SPO-Parole auf Staatsratskurs zu trimmen. Um nachher in der welschen Presse zu prahlen, wie schwach die Opposition der Linken und Gewerkschaften im Oberwallis gegen das EMG gewesen sei.

Auch wenn im Oberwallis «nur» 40 Prozent gegen das EMG gestimmt haben, waren mehr als die Hälfte der Nein-Stimmenden aus dem Lager der bürgerlichen Parteien. Diese Leute haben Nein gesagt, weil sie genug haben von Liberalisierung und Privatisierung. Sie haben genug von Spekulanten und Abzockern. Für diese Unzufriedenen bei der Post, der SBB, beim Service Public müsste die SPO ein Sprachrohr sein. Diese Chance wurde verpasst.



Rote Karte für SP-Staatsrat Thomas Burgener: *SPO-Parole auf Staatsratskurs getrimmt!*

Stattdessen verirrte sich der SPO-Nationalrat Peter Jossen (als Schläfer oder Kuschler?) ins Ja-Komitee, auf dessen Liste sich die Wirtschaftsverbändler ein Stelldichein gaben. Leute, die sonst jegliche ökologische und soziale Verantwortung vermissen lassen.

So geht es nicht! Die SPO muss wieder zur Oppositionspartei werden. Der SP-Staatsrat, die SP-Gemeindepräsidenten und die SP-Gemeinderäte sollen regieren und sie sollen die Partei über die Sachgeschäfte besser informieren. Damit haben sie mehr als genug zu tun. Aus der Oppositionspolitik aber sollen sie sich konsequent heraushalten. Sie müssen sich hinter die Ohren schreiben, dass sie in die Exekutive gewählt wurden, damit sie der Opposition eine Stimme geben und nicht umgekehrt!

Was ist schlimmer:

Die selbstlose Hilfe an Schwerkranken oder die Produktion von Arbeitslosen?

VON DAVID GUNDI

Am Open Air Gampel wurde auf Cannabis gefilzt, verzeigt und beschlagnahmt, was das Zeug hält. Im Verhältnis mehr als an der Zürcher Streetparade, welche zwölfmal so gross war wie der Walliser Anlass. Und auf die Aussage, die Beamten besässen Verzeigepflicht, stelle ich die Frage, wer denn die Drogenfahnder gezielt ihre Nasen in den Wind halten lässt, um zu schnuppern, wer denn jetzt wieder zum Kriminellen diffamiert werden könnte?

Wer Cannabis konsumiert, ist bei weitem kein Krimineller. Der Konsumentenkreis ist gross und reicht vom Arbeitslosen bis zum Bankangestellten und jeder sechste Schweizer hat mindestens schon einmal Cannabis konsumiert. Momentan wird im Wallis der Konsum und die Produktion sowie der Verkauf stark geahndet. Es kann vorkommen, dass der Zug am Joint in Handfesseln und Polizeigewahrsam endet. Warum werden ehrlich arbeitende Leute wie Kriminelle behandelt?

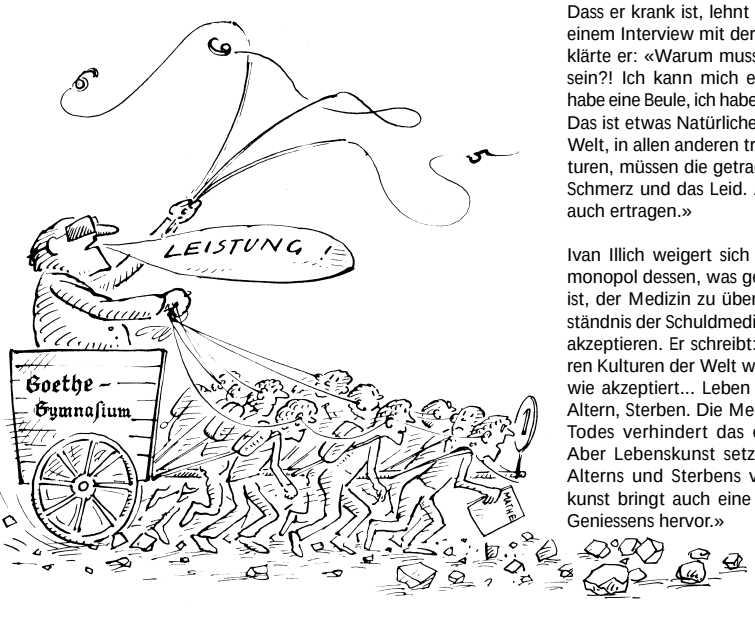
Die Walliser Justiz tut sich schwer mit der grünen, gefingerten Pflanze. Traurig nur, dass man dafür ein Opfer braucht und findet. Rappaz, der Hanfpionier wollte sich ausschliesslich der legalen Produktion legaler Produkte widmen, wie z. B der Produktion von Hanftee, dessen Produktion und Konsum legal ist (THC-Gehalt liegt unter 0,3 Prozent). Dabei ergibt sich ein biologisches Problem, weil die Hanfpflanze nun einmal THC produziert, wie es ein Birnenbaum mit Birnen tut. Rappaz wusste sich zu helfen und entfernte mit einem technischen Prozess den «illegalen Teil» an den Blättern, um legalen Tee verkaufen zu können. Das «Abfallprodukt» leistet seinen Dienst für MS-Patienten und Aidskranke, welche auf gleichbleibende Qualität angewiesen sind. Die Behauptung, Rappaz habe Cannabis illegal auf dem Schwarzmarkt verkauft, ist falsch. Es wurde nur an Personen abgegeben, welche dafür einen medizinischen Grund gehabt haben.

Der Hanfbauer Rappaz beschäftigte in seinem Betrieb 15 Personen, welche unter den gesetzmässig vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen arbeiteten. Die Staatsgewalt erachtete es wohl für besser, ihnen eine andere Perspektive zu bieten als auf einem Hanfbauernhof zu arbeiten. Sie wurden durch Staateshand auf die Strasse dirigiert. Es stellt sich die Frage, was für die Gesellschaft wohl schädlicher ist: Die selbstlose Hilfe an Schwerkranken oder die Produktion von Arbeitslosen durch Staateshand?

Ivan Illich
Lernen als Prozess im alltäglichen Leben

Ivan Illich ist ein «gebildeter» Mensch. Er kennt sich in Philosophie und Soziologie ebenso aus wie in Kirchengeschichte und setzt sich mit Themen der Naturwissenschaft auseinander. Er spricht elf Sprachen und schreibt druckreif in Englisch, Deutsch und Spanisch. Typisch für Illich ist, dass er bei seinen Betrachtungen und Analysen die Perspektive ändert. Er hat einen besondern Blick und sieht Details, die uns entgehen, und stellt unabdingbar Gewissheiten, die wir als unverrückbar ansehen, in Frage. Illich wurde 1926 in Wien geboren und lebt zurzeit in Bremen.

VON HILAR EGGEL



Das Geschwür im Gesicht

Ivan Illichs Wange seiner rechten Gesichtshälfte ist von einer Geschwulst bedeckt. Seit Jahren trägt er mit ruhiger Gelassenheit den Hautkrebs im Gesicht. Metastasen haben sich ausgebreitet, besonders am Rückgrat, was Anfälle und Schmerzen auslöst. Er lebt mit seinem Krebs und sieht darin keine Krankheit, wie die Schulmedizin dies sieht. Er sagt: «Ich bin nicht krank, das ist keine Krankheit. Es ist ein vollkommen anderes, viel komplizierteres Verhältnis.»

Diagnostiziert wurde der Krebs im Jahre 1983. Man gab ihm eine Überlebenschance von fünf Jahren. Illich lebt heute noch. Um die Nervenschmerzen zu lindern, hat er in Pakistan von der galenisch medizinischen Tradition gelernt, «ganz wenig Opium» zu sich zu nehmen. Das Opium bekommt er von einem Arzt verschrieben. Wie Illich betont, raucht er das Opium gegen die Schmerzen, «sehr genau dosiert, ohne eine Sucht zu entwikkeln.»

Dass er krank ist, lehnt er strickte ab. In einem Interview mit der Zeitung TAZ erklärte er: «Warum muss ich denn krank sein?! Ich kann mich elend fühlen, ich habe eine Beule, ich habe Ungemach, gut. Das ist etwas Natürliches. In der ganzen Welt, in allen anderen traditionellen Kulturen, müssen die getragen werden, der Schmerz und das Leid. Also kann ich es auch ertragen.»

Ivan Illich weigert sich das Definitionsmonopol dessen, was gesund und krank ist, der Medizin zu überlassen. Das Verständnis der Schuldmedizin kann er nicht akzeptieren. Er schreibt: «In allen anderen Kulturen der Welt wurde das irgendwie akzeptiert... Leben ist auch Leiden, Altern, Sterben. Die Medikalisierung des Todes verhindert das eigene Sterben. Aber Lebenskunst setzt die Kunst des Alterns und Sterbens voraus. Leidenskunst bringt auch eine neue Kunst des Geniessens hervor.»

Freiräume schaffen

In den letzten Jahren hat er es vorgezogen, nur noch selten Interviews zu geben, und er weigerte sich, im Fernsehen aufzutreten und lehnte Radiointerviews ab. Aus welchen Gründen? Er erklärt: «Ich lebe in partieller Verweigerung, bestimmte Dinge zu denken, zu sagen, bestimmte Worte, Begriffe zu benutzen. Viele Gewissheiten, in denen es sich früher leben liess, sind dahin, die Theorien, die Einfälle, die Einsichten und Geistesblitze sind in der Macht des Faktischen aufgegangen. Aber an diese Momente erinnert man sich. Ich war ein diszipliniert arbeitender Historiker, Sozialwissenschaftler. Jetzt will ich die Welt von der Esstischhaltung aus sehen, mit Freunden. Jetzt will ich keine Zeit mehr verlieren.» Und er stellt fest: «Mir scheint, das ist es, was wir zu tun haben, wenn nur noch Monate, oder was immer - Zeit bleiben. Dann möchte ich klar machen: Wenn es einen Grund für mich gibt, die Regeln zu verstehen, unter denen dieses Absurdistan, in dem wir leben, funktioniert, dann darum, weil ich und meine Freunde wissen möchten, wo wir NICHT mittun und wodurch wir unsere Seele, unsere Wahrnehmung, unsere innere Welt nicht beeinflussen lassen.»

Bildung als Gedankenaustausch

Mit der Frage, was Bildung eigentlich ist, hat sich Illich intensiv befasst. Für ihn ist Bildung nicht etwas, was man sich aneignet. Für ihn ist Bildung nicht wissenschaftliches Datenmaterial, dass der Empfänger emotionslos in seinem Gehirn speichert. Für ihn funktioniert Wissen nicht wie ein Computer, der Daten speichert, die man bei gegebener Zeit abrufen kann.

Illich ist der Überzeugung, dass man Lernen nicht produzieren kann. Lernen kann man sich aneignen, indem man einen neuen Stil von bildenden Beziehungen zwischen dem Menschen und seiner Umwelt entwickelt. Wissen hat für ihn mit Gedankenaustausch unter Freunden zu tun. Was heisst das? «Bildung» verdankt sich einer Reihe von Zufällen. Illich weiss, dass Ideen und Denkprozesse seiner Arbeit nicht ihm allein zuzuschreiben sind, sondern sich durch Lektüre von Schriften und durch Gespräche, Diskussionen mit Freunden entwickelt haben. Illich lebt, denkt, erkennt inmitten eines Freundeskreises. Für ihn ist Wissen ohne Freundschaft, die sich am Wissen des Freundes erfreut, unzureichend, zurückgreifend auf Platons Verständnis von Wissen.

Gegenüber den etablierten Schulen der hochindustrialisierten Gesellschaft plädiert Illich dafür, die sogenannte Pflichtschule durch ein kommunikatives, geselliges Netzwerk zu ersetzen, die allen in jedem Alter ein freies und schöpferisches Lernen ermöglichen.

Die vergiftete Aura

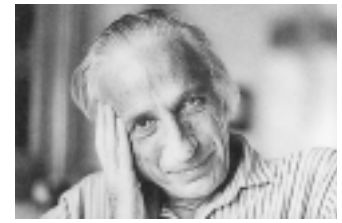
In seinem Denken und seinen Überlegungen setzt sich Illich auch mit der Verletzbarkeit der «Atmosphäre», der «Aura» auseinander. wie er die freundschaftlichen Beziehungen zu nennen pflegt. Nur diejenigen, die sich mit Vertrauen begegnen, können Atmosphäre wachsen lassen. Die «Aura» führt zu Freundschaften, die Bildung und Wissen vermitteln. Doch aufgepasst: «Aura» zu besitzen oder sie zu nutzen, vergiftet sie. Illich schreibt: «Der Atem der Freundschaft wechselt namenlos mit jedem Zug. Lange glaubte ich, dass es dafür überhaupt kein treffendes Wort gäbe, und schon gar kein Zeitwort...Alle Synonyme sind durch Werbung verschlissen. Industrie versorgt den Alltag mit Aura, mit Sachen, die von synthetischer Atmosphäre strotzen. So wie Vitamine werden auch Gefühlskitzel natur-identisch vertrieben, mit styling, design...Nicht nur Hautcreme, Zigaretten und Reisen, auch das Studienangebot und das Klo dünsten synthetisch aus. Die Herstellung von ‚Klima', von Atmosphäre ist marktfähig.»

Moderne Institutionen

Illich analysiert wichtige und uns geläufige Institutionen, die wesentlich das Selbstverständnis des Menschen in der modernen Industriegesellschaft prägen. Institutionen, so Illich, verkörpern eine Täuschung und vermitteln trügerische Gewissheiten, die es aufzudecken und in Frage zu stellen gilt. Institutionen wie Schule, Kirche, Militär usw. erweisen sich als besonders raffinierte Instrumente der Ausbeutung mit all ihren negativen Auswirkungen.

Die modernen Institution führt er den LeserInnen als Rituale und soziale Liturgien vor Augen. Der erste Schritt, sich der Phantome der waren- und wachstumssüchtigen Gesellschaft bewusst zu werden, ist, sich ihrer Macht zu entziehen. Illichs analytisches Denken bewegt sich ausserhalb der herrschenden Meinungen und laufenden Debatten. Deshalb muss die Tatsache erkannt werden, dass die Spezialistenverbände, die heute Macht über die Schaffung, Zuweisung und Befriedigung der Bedürfnisse haben, ein neuartiges Kartell bilden. Und dieses Kartell wird ständig reorganisiert, um sich entwickelnden Widerständen zuvorzukommmen. Man muss sich ihm widersetzen. Der erste Schritt dazu ist eine skeptische, respektlose Einstellung gegenüber den wissenschaftlichen Experten. Die Erneuerung der Gesellschaft muss vom Zweifel ausgehen.

Illich ging es darum, das Wesen der Gewissheiten in Frage zu stellen. Er ging dem Weg nach, Täuschungen, die in unseren Institutionen verkörpert sind, offenzulegen. Er war der Ansicht, dass wenn man Gewissheiten ernst nimmt, das Herz tötet und die Phantasie fesselt. Und mit der Lebens-Einstellung, nicht der Konformität, Normalität zu verfallen und Gewissheiten in Frage zu stellen, formulierte er seine kritischen Aussagen - zornig oder leidenschaftlich, listig oder unschuldig.



Ein kritischer Zeitgenosse

In den siebziger Jahren schrieb Illich seine bekanntesten Bücher. «Selbstbegrenzung» war sein erster Beitrag zu einer allgemeinen Theorie der Industrialisierung. «Entschulung», «Fortschrittsmythen» und «Nemesis» trieben diese Untersuchungen weiter und befassten sich mit den Auswirkungen von Energie, Produktion, Konsumtion und dem medizinischen System. Er analysierte die Gefahren einer falsch verstandenen Technisierung und der Institutionalisierung menschlicher Bedürfnisse: von Transport und Verkehr für die Fortbewegung, vom Bildungssystem für das Lernen, von der Medizin für die Gesundheit, von der Verstädterung, um sich ein Zuhause schaffen zu können. Er warnte vor dem Export von Patentlösungen der Industrieländer in die Länder der Dritten Welt. Die Themen, die Illich aufgegriffen hat, sind keineswegs veraltet.

Ivan Illich ist ein kritischer Zeitgenosse. Institutionen steht er skeptisch gegenüber. Zuerst muss man freie Luft atmen und sich frei bewegen können, wenn man sich weiterbilden will. Nicht die Institutionen oder die Schulzimmer zu gegebenen Stunden vermitteln uns Wissen, sondern das alltägliche Leben auf den Strassen, in der Freizeit, in politischen Zirkeln oder Bewegungen, in den eigenen vier Wänden oder in den Kneipen bringt uns die Widersprüche des Lebens vor Augen. Das monopolisierte Lernen oder Wissen führt in eine Sackgasse, weil es von übergeordneten Interessen – sprich wirtschaftlichen, technokratischen – geleitet wird. Illich ist der Ansicht, dass die meisten Menschen das, was sie wissen und schätzen, ausserhalb der Schule gelernt haben. «Fast alle verdanken ihr Tatsachenwissen, unser Verständnis des Lebens und der Arbeit einer Freundschaft oder Liebe, Fernsehen oder Lektüre, dem Beispiel Gleichgesinnter oder der Herausforderung Gleichaltriger.» Deshalb äussert er immer wieder die Hoffnung, das gesellschaftliche Leben als Lernprozess freundschaftlich und produktiv zu begreifen und zu verarbeiten. Ist diese Hoffnung eine Illusion? Oder anders gefragt: Besteht nicht die Gefahr, mit dem Schulwissen und auswendig gelerntem «Detailwissen» die Zusammenhänge, die das menschliche Leben bestimmen, aus den Augen zu verlieren?

Hilar Eggel

Wohin man / frau geht

Umwelt-Agenda

Sonntag, 13. Oktober, 13.30 Uhr
Rumeling Salgesch (Varnersuone)
Herbstwanderung
Leitung: Ruedi Salzgeber,
Exkursionsleiter NVO/SVS

Freitag, 18. Oktober, 19.00 Uhr
Bahnhofbuffet Brig
Unsere Landschaft – Schönheit und Gefahr
ein Ausflug in die Geomorphologie
von Jules Seiler
mit Exkursion am Samstag, 19. Oktober

Donnerstag 24. Oktober, 19.00 Uhr
Bahnhofbuffet Brig
Die Sicherheit von Blutprodukten
Möglichkeiten und Grenzen
Vortrag von Dr. Christian Schärer

Samstag, 9. November
Waldpflegearbeit im Föhrenwald
praktische Arbeiten zugunsten
des Föhrenwaldes

Dienstag, 12. November, 19.00 Uhr
Bahnhofbuffet Brig
Boden – Nutzung einer unentbehrlichen Ressource
Vortrag von Jean-Robert Escher

Sonntag, 17. November, 9.00 Uhr
Bahnhof Leuk-Susten
Halbtägige ornithologische Herbstexkursion
Leitung: Exkursionsleiter NVO/SVS

Montag, 25. November, 19.00 Uhr
Bahnhofbuffet Brig
Möglichkeiten und Grenzen einer ökolgischen Aufwertung eines Fliessgewässers im Talgrund
von Ernst Abgottspon

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Telefon 027 / 923 61 62

Kino um 17.00 Uhr

Neu im Kellertheater in Brig
Eintritt frei – keine Reservation

Sonntag, 13. Oktober, 17.00 Uhr
Per un pugno di dollari
Western von Sergio Leone

Sonntag, 10. November, 17.00 Uhr
Spiel mir das Lied vom Tod
Western von Sergio Leone

Sonntag, 15. Dezember, 17.00 Uhr
Per qualche dollari in piu
Western von Sergio Leone

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

XXJAM SESSIONXXX
jeden Dienstag, 19.00–23.00 Uhr

Samstag, 5. Oktober, 21.00 Uhr
Punk... mit Zeugen Utopias
and Special Guest / Konzert

Samstag, 26. Oktober, 21.00 Uhr
Vizioso and Ghandi. Productions
Hip Hop Party

Samstag, 9. November, 21.00Uhr
Plastic Creatures and Terry Bell
Into the Groove! Live!

Freitag, 22. November, 21.00 Uhr
Török Adam and the Mini
Jazz

Samstag, 30. November, 21.00 Uhr
Live! Experience
Music of Jimi Hendrix

Samstag, 7. Dezember, 21.00 Uhr
Blues Max
Dämmern für Dummies

Samstag, 21. Dezember, 21.00 Uhr
Santa Claus Jamsession 2
Instrument mitbringen!

Samstag, 5, Oktober, 20.30 Uhr
Vera Bauer
Lieder und Gedichte von Brecht und Tucholsky

Samstag, 26. Oktober, 20.30 Uhr
Franziskus: Gaukler Gottes
von Dario Fo

Samstag, 2. November, 20.30 Uhr
Patent Ochsner
Konzert

Samstag, 16. November, 20.30 Uhr
Marco Zappa
Tribute to George Harrison

Donnerstag, 28. November, 20.30 Uhr
Steinböck & Rudle
Comedy pur mit viel Sinn für Unsinn

Sonntag, 24. November, 17.00 Uhr
Märchenmaschine
Theater Gòmes-Müller, ab 5 Jahren

Matinée im Kellertheater

Sonntag, 20. Oktober, 11.00 Uhr
Duos aus der Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts
mit Esther Nyffenegger (Violoncello)
und Markus Wieser (Viola)

Sonntag, 10. November, 11.00 Uhr
Amataeus
Holzbläserquintett

Sonntag, 17. November, 11.00 Uhr
Streichquartett Amaretto
Barock bis Moderne

Sonntag, 1. Dezember, 11.00 Uhr
Klassen aus dem Kollegium Brig spielen Bekanntes und Überraschendes
mit Anne-Ruth Jenelten, Paul Locher
Stefan Ruppen und Adrian Zenhäusern

Zi-Täter

«Nun muss man wissen, dass in Kalifornien keine Liberalisierung stattgefunden hat, sondern die Planwirtschaft nach altsowjetischen Vorbild eine Wiedergeburt erlebte.»

Stefan Eggel, WB-Redaktor

Rote Anneliese: ***Spekulationsgeschäfte der Energiehandelsfirma Enron führten zum Kollaps in Kalifornien. Enron-Chef Kenneth Lay ist ein guter Freund der Bush-Familie und war einer der wichtigsten Wahlhelfer von George W. Bush. Recherchen des «Walliser Boten» haben ergeben, dass die Bush- und Lay-Familien geheime alt-stalinistische Seminare organisieren.***

«Ökonomisch sind Hochwasserschäden Petitessen. Alle Hochwasser der Schweiz von 1951 bis heute haben nur so viel Schaden angerichtet, wie die Bauern jedes Jahr an direkten und indirekten Subventionen kassieren.»

Peter Bodenmann, Hotelier, «Weltwoche»

Rote Anneliese: ***Und wenn die Saltina wieder einmal überginge und eine Petitesse anrichten würde? Soll sie dann bei der Saltinabrücke nach rechts oder links abbiegen? Ökonomisch betrachtet besser nach links!***

«Gewiss: In Leukerbad geriet einiges aus dem Lot. Aber es war auch eines der ersten Finanz-Luftschlösser, das sich in lauter Schulden auflöste. Es folgten weit spektakulärere Bruchlandungen: Allein die bankrotte Swissair hinterlässt mit über 20 Milliarden ein Loch, in dem der Schuldenberg von Leukerbad sich locker ein halbes Hundert Mal verstecken liesse.»

Luzius Theler im Walliser Boten

Rote Anneliese: ***Grundsätzlich gilt: Wenn zwei Schwäger ihre Köpfe zusammenstekken, dann kommt entweder Streit oder nichts Gescheites heraus.***

«Überhaupt, wer giesst sich schon in den eigenen vier Wänden gerne einen hinter die Binde? Einen guten Tropfen geniesst man am besten in guter Gesellschaft. Aber ehrlich, den Satz ‚Nein danke, ich fahre' mag ich nicht mehr hören.»

Pius Rieder im Walliser Boten

Rote Anneliese: ***Da hat einer in guter Gesellschaft einen hinter die Binde gegossen und hernach einen Leitartikel geschrieben.***

«Das Problem liegt tiefer und bereitet ernsthafte Sorgen. Durch den Permafrost und die Erwärmung der Ozeane kommt es zu unkontrollierbaren Klimaveränderungen.»

Pius Rieder im Walliser Boten

Rote Anneliese: ***Da bringt der WB-Chefredaktor ein ganz neues Problem ins Spiel, an dem sich die Wissenschaft noch die Zähne ausbeissen wird: Klimaerwärmung durch Permafrost!***

«Ich hätte grösste Mühe, meine Buben in eine Klasse mit hohem Ausländeranteil zu schicken.»

Jean-Michel Cina
CVP-Nationalrat im Facts

Rote Anneliese: ***Deshalb meidet Cina mit seiner Familie auch sämtliche Strassen, Bauten und Restaurants, welche mit zu hohem Ausländeranteil gebaut und betrieben werden. Die Cayman Island hat er fluchtartig verlassen, als er den hohen Ausländeranteil an Briefkastenfirmen bemerkte.***

Zensur beim «Walliser Boten»

Heimatschutz-Tarif für C-Politiker

- CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina ist Verwaltungsrat einer Briefkastenfirma auf der Steuerflucht-Insel Cayman Island. Die RA, die WochenZeitung und Le Temps berichteten darüber. **Doch der WB schwieg!**
- Jean-Michel Cina trat überstürzt aus dem Verwaltungsrat einer Briefkastenfirma zurück. Die NZZ, Facts, Mittags- und Regionaljournal von Radio DRS berichteten darüber. **Doch der WB schweigt!**
- Gegen den Visper Präfekt und Regionspräsidenten, Josef Bumann, läuft eine Strafuntersuchung. Staatsrat Wilhelm Schnyder musste seinen Parteikollegen anzeigen und macht selbst eine schlechte Falle. **Doch der WB schweigt!**

Damit nicht genug. Auch die Leserbriefspalten werden von der Kritik an Cina, Bumann, Schnyder und Consorten gesäubert. Als RA-Redaktor Kurt Marti einen Leserbrief von Staatsrat Schnyder richtig stellen will, erklärt ihm WB-Chef Pius Rieder den WB-Heimatschutz-Tarif:

Von: "Pius Rieder" <p.rieder@walliserbote.ch>
An: <kurt.marti@rhone.ch>
Gesendet: Montag, 29. Juli 2002 10:54
Betreff: Artikel RA/WB

Grüss Gott,

Danke für das E-Mail betreffend die Strafuntersuchung gegen Josef Bumann. Dazu halte ich fest: Ich bin nicht bereit, die "Geschichten" der RA als Leserbrieffolge im WB weiterzuführen. Der SP Visp habe ich als Bezirkspartei unter Forum Raum gewährt und Staatsrat Schnyder eine Antwort ermöglicht. Damit hat es sich. Das gleiche gilt auch für die Sache mit J.M. Cina. Ich ersuche Sie, die Kontroverse auf Ihre RA-Beiträge in ihrem Blatt auszutragen. Ich veröffentliche auch nicht Einsendungen von Betroffenen, die sich zu ihren RA-Artikeln äussern.

Mit freundlichen Grüssen.
Pius Rieder

Rote Anneliese: *Wer erinnert sich noch an alt CVP-Nationalrat Otto G. Loretan?*

Damit gesagt wird, was gesagt sein muss!

☐ **Ich bestelle die «RA»** ☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax: 027 923 69 71

Worte des Monats

«Ich lade dich ein, auf Zweit- und Nebenverdienste zu verzichten, das Anhäufen von Lebensstandard, Zweitwagen und Eigentumswohnungen zu stoppen; um endlich mehr Zeit für deine Familie, für deine Kinder und Freunde zu haben oder gar erst daran denken zu können, selbst Kindern das Leben zu schenken oder Kinder zu adoptieren!»

Paul Martone, Pfarrer

Nord- oder Südvariante, das ist doch völlig egal!

Hauptsache die Kasse stimmt

OBERWALLIS – Ob die Autobahn zwischen Raron und Visp im Süden oder Norden gebaut wird, ist den betroffenen GemeindepräsidentInnen eigentlich Wurst. Hauptsache sie kommen bei ihren kommunalen und privaten Interessen voll auf die Rechnung. Und die sprechen für den Norden.

VON CYRILL PINTO

Niedergesteln: Südvariante wegen 50 000 Franken versenkt.

Auf dem Boden der Gemeinde Niedergesteln wurde kürzlich ein Betrieb zur Produktion von Strassenbelag in Betrieb genommen. Für diesen kassiert die Gemeinde des CVPO-Parteipräsidenten Richard Kalbermatten jährlich rund 50 000 Franken. Die Oberwalliser Goudronproduktionsstätte steht genau auf dem Boden, der für die erste Südvariante vorgesehen war. Der Niedergestler Gemeindepräsident hatte damit diese Variante versenkt. Ihm ist egal wo die Autobahn durchgeht, obwohl mit der Nordvariante massiv mehr Boden der Gemeinde Niedergesteln verloren geht.

Raron: Trogers Neat-Infozentrum bald Autobahnraststätte?

Der Rarner Gemeindepräsident Daniel Troger hat zusammen mit seinem Bruder das Neat-Infozentrum geplant und gebaut. Der Rarner Gemeindepräsident hat grosses Interesse daran, dass die Autobahn im Norden gebaut wird. Troger will sein Neat-Infozentrum nach Fertigstellung des Jahrhundert-Eisenbahnprojektes kurzerhand in eine Autobahnraststätte umfunktionieren. Würde die Autobahn im Süden gebaut, wäre sein Raststättenprojekt gestorben. Troger nimmt mit seiner Haltung in Kauf, dass Raron mit der Amtsvariante durchtrennt wird und Industrieboden verloren geht.

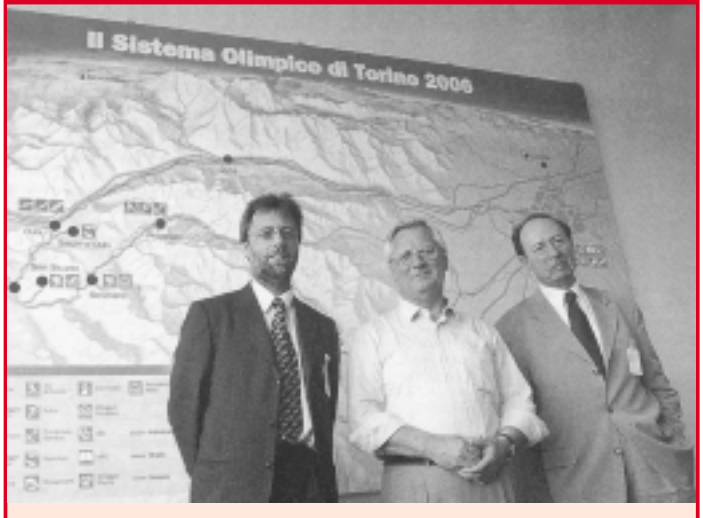
Visp: Eigentlich für den Süden, aber…

Der Visper Gemeinderat hält die Bevölkerung zum Narren: Immer noch wird an der Position festgehalten, dass die Brücken über die Vispa und den Rotten nicht vom Bund bezahlt werden, falls die Autobahn zwischen Raron und Visp im Süden gebaut wird. Der Visper Gemeindepräsident Imoberdorf betont bei jeder Gelegenheit: «*Eigentlich bin ich für den Süden, aber...*» Die RA hat bereits vor einem Jahr berichtet, dass diese Position unhaltbar ist. Ob die Visper ihren neuen Schiessstand, ihre Brücken und die neue Kleegärtenstrasse vom Bund bezahlt bekommen, ist noch völlig offen. Ob die Autobahn im Süden oder im Norden gebaut wird, spielt dabei keine Rolle.

Es wird nicht gebaut solange Einsprachen hängig sind!

Klar ist: Bevor die noch hängigen Einsprachen von Privaten nicht zurückgezogen werden, kann die Autobahn zwischen Visp-Ost und Raron nicht gebaut werden. Der unumstrittene Abschnitt Visp-Süd muss vom offiziellen Projekt abgekoppelt werden, ansonsten werden die Visper für die nächsten Jahre, mit oder ohne provisorische Umfahrung, mit dem Transitverkehr leben müssen.

Der heitere Schluss



Das Organisationskomitee für die Winterspiele in Turin 2006 (v.l.n.r): Thomas Gsponer, Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer, Valentino Castellani, Präsident des Organisationskomitees und Arthur Kahl von der Walliser Industrie- und Handelskammer. Jetzt ist alles klar!

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • Nr. 174 / Oktober 2002
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis